Nr. 14. Halle (Saale), Donnerstag, den 17. Januar 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monatlich 1.— Mk. bei freier Zustellung ins Haus ca. 30 Pfg. Briefträgergebühr. Durch die Post bezogen gleichfalls 1.— Mk., aber 3.— Mk. vierteljährlich, und 14 Pfg. Bestellgebühr monatl., wenn die Zustellung vom Postamt erfolgt. „Neue Welt", wöchentlich erscheinende Unterhaltungsbeilage, 6 Pfg. im Monat.

Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 1515.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene mm Kolonelzeile kostet 30 Pfg. für auswärtige das Vertrauensamt 40 Pfg. 25 Pfg. Anzeigen unter Verg.: für die 92 mm breite Reklamezeile 75 Pfg. Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr 1045. Sprechstunde: werktäglich von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag bzw. die Nr. 1047.

Die Differenzen in Brest-Litowsk.

Die Fragen: Räumung der besetzten Gebiete und Sicherung freier Volksabstimmung.

Ein deutsches: „Unannehmbar".

Brest-Litowk, 15. Januar. Am 14. Januar, um 5 Uhr nachmittags, hielt die deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission zur Beratung der territorialen Fragen ihre vierte Sitzung ab.

Staatssekretär v. Kühlmann teilte mit, daß die verbündeten Regierungen zu dem Entschlusse gekommen seien, die formulierten Vorschläge der russischen Delegation ihrerseits gleichfalls in formulierter Form mündlich zu beantworten. Er müsse aber neuerlich darauf hinweisen, er halte die Art, daß die Delegationen gegenseitig mit formulierten Schriftstücken verhandeln, für außerordentlich zeitraubend und den Erfolg wenig fördernd.

Die Auffassungen der Mittelmächte.

Hierauf gelangte die materielle Antwort der Verbündeten zur Vorlesung, welche folgenden Wortlaut hat:

„Die der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation übermittelten Vorschläge der russischen Delegation betreffend die Entwicklung der Dinge in den von den Zentralmächten besetzten Gebieten Rußlands weichen dermaßen von den Ansichten der Verbündeten ab, daß sie in der vorliegenden Form als unannehmbar bezeichnet werden müssen.

Ohne bei näherem auf die äußere Form dieser Vorschläge eingehen zu wollen, kann doch nicht unbemerkt bleiben, daß sie [illegible] einseitige russische Forderung darstellen, [illegible] vermissen läßt, die berechtigten Gründe der Gegenseite in Kalkulation zu ziehen.

Trotzdem sind die österreichisch-ungarische und die deutsche Delegation bereit, nochmals und diesmal formuliert ihre Anschauungen über die schwebenden Fragen klar zum Ausdrucke zubringen und noch einen Versuch zu unternehmen, ob das von ihnen angestrebte Kompromiß eine Aussicht auf Verwirklichung bieten kann.

Ueber einen Teil der von den Verbündeten besetzten Gebiete ist in Ziffer 1 des deutschen Entwurfes gehandelt worden. Diese Materie ist durchberaten, bedarf also keiner weiteren Erörterung.

Die Frage nach den zurzeit von den Verbündeten besetzten Gebieten, die eigenes staatliches Leben besitzen, wäre rein zeitlich in vier Stadien zu gliedern:

Der Zeitpunkt zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und der Beendigung der russischen Demobilisierung, der Zeitpunkt zwischen dem russischen Frieden und dem allgemeinen Frieden, der Zeitpunkt des Uebergangsstadiums für die neuen Völker, endlich das definitive Stadium, in dem die neuen Staaten die volle Ausgestaltung ihrer Staatsorganisation durchführen.

Es muß wiederholt darauf hingewiesen werden, daß für die Mittelmächte — abweichend von dem, was für Rußland der Fall ist — mit dem Abschlusse des Friedens mit Rußland keineswegs auch der allgemeine Frieden verbunden ist, daß sie vielmehr gezwungen sind, mit anderen Gegnern den Krieg weiterzuführen.

Gegenüber der russischen Regierung erklären die verbündeten Delegationen aufs neue, daß sie der Anschauung sind, die verfassungsmäßig zuständigen Organe in den neuen Staatsgebilden seien vorläufig als vollkommen befugt anzusehen, den Willen breiter Kreise der Bevölkerung auszudrücken.

Von großer Bedeutung für die Frage der Entstehung einer Staatspersönlichkeit ist das Urteil des Obersten Gerichtshofes in Washington vom Jahre 1808, in dem ausgeführt worden ist, daß die souveränen Rechte der Vereinigten Staaten von Nordamerika als voll und ganz bestehend anerkannt werden müssen vom Tage der Verkündung ihrer Unabhängigkeit ab, d. h. seit dem 4. Juli 1776 — ganz unabhängig von ihrer Anerkennung seitens Englands im Vertrage vom Jahre 1782".

Die verbündeten Delegationen nehmen Akt von der Erklärung, daß

„die russische Regierung aus der Tatsache der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren russischen Kaiserreiches keine Schlüsse zieht, die irgendwelche staatsrechtliche Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik auferlegen würden, und daß die alten Grenzen des früheren russischen Kaiserreiches, die Grenzen, die durch Gewaltaten und Verbrechen gegen die Völker gebildet wurden, insbesondere gegen das polnische Volk, zusammen mit dem Zarismus verschwunden sind."

ebenso davon, daß „für die russische Regierung bezweckt die Grundaufgabe der jetzt geführten Verhandlungen nicht darin besteht, um in irgendwelcher Weise das weitere zwangsweise Verbleiben der genannten Gebiete im Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen, sondern in der Sicherung der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung, der inneren Staatseinrichtung und internationalen Lage der Gebiete"

In diesem Zusammenhange wäre die Frage aufzuwerfen, unter welchem Rechtsverhältnisse die gegenwärtige russische Regierung ihre Berechtigung und Verpflichtung ableitet, für die Sicherung der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung dieser Gebiete bis zum Aeußersten, das heißt, unter Umständen bis zur Fortsetzung des Krieges einzutreten. Wenn die Tatsache, daß die besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren russischen Kaiserreiches gehörten, keinerlei Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete gegen die russische Republik begründet, ist nicht ohne weiteres ersichtlich, worauf die russische Republik ihrerseits ihre Rechte und Pflichten gegen diese Bevölkerung gründen will.

Stellt man sich aber, wie die russische Delegation dies tut, auf den Standpunkt, daß die russische Republik ein derartiges Recht besitzt, so sind in der Tat:

Umfang des Territoriums,
politische Voraussetzung für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts,
Uebergangsregime und
Form der Willenskundgebung

die vier Punkte, über die versucht werden muß, Einigkeit zu erzielen.

Zu 1. Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht stehe Nationen und nicht auch Teilen von Nationen zu, entspricht nicht unserer Auffassung des Selbstbestimmungsrechtes. Auch Teile von Nationen können Selbständigkeit und Absonderung rechtmäßig beschließen. Es ist hierbei keineswegs angenommen, daß die Okkupationsgrenze für die Abgrenzung dieser Teile maßgebend sein soll. Kurland, Litauen und Polen bilden, auch historisch angesehen, völkische Einheiten.

Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben nicht die Absicht, sich die jetzt von ihnen besetzten Gebiete einzuverleiben. Sie beabsichtigen nicht die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, [illegible] bei Wahrung der besonderen Interessen dieser Gebiete für den Abschluß von Verträgen aller Art freie Hand behalten.

Zu 2. Was die Ausführungen hierzu betrifft, so gehen sie an dem grundlegenden Unterschiede vorbei, auf dem die verbündeten Delegationen immer wieder hingewiesen haben.

Eine Zurückziehung der Heere ist, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich, jedoch kann angestrebt werden, die Truppen, falls es die militärischen Umstände gestatten, auf diejenige Zahl zurückführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe im Lande unbedingt nötig ist. Die Bildung einer nationalen Gendarmerie kann angestrebt werden.

Was die Rückkehr der Flüchtlinge und der während des Krieges Evakuierten betrifft, so wird wohlwollende Prüfung von Fall zu Fall zugesagt. Diese Frage kann, da sie nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist, einer besonderen Kommission überwiesen werden.

Zu 3. Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug und bedarf der weiteren Aufhellung. Es ist aber ohne weiteres zugegeben, daß mit der fortschreitenden Annäherung des allgemeinen Friedens den gewählten Vertretern der Bevölkerung des Landes in immer steigendem Umfange die Mitwirkung auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden soll.

Zu 4. Die verbündeten Delegationen sind grundsätzlich bereit, zuzustimmen, daß ein Volksvotum auf breiter Grundlage die Beschlüsse über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete funktionieren soll. Eine einseitige Festlegung auf ein Referendum erscheint unpraktisch.

Auch das Votum einer auf breiter Grundlage gewählten und ergänzten repräsentativen Körperschaft würde nach Ansicht der verbündeten Delegationen genügen. Es mag darauf hingewiesen werden, daß auch die von der Regierung der Volkskommissare anerkannten Staatenbildungen innerhalb des ehemaligen russischen Kaiserreiches, wie zum Beispiel der Ukraine und Finnlands nicht im Wege eines Referendums, sondern durch Beschlüsse von auf breiter Grundlage gewählten Nationalversammlungen erfolgten.

Trotzkis Antwort.

Von dem Wunsche beseelt, es neuerdings zu versuchen, zu einer Verständigung mit der russischen Regierung zu gelangen, haben die Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns diese weitgehenden Vorschläge gemacht, fügen jedoch gleichzeitig hinzu, daß sie den äußersten Rahmen bilden, innerhalb dessen sie eine friedliche Verständigung noch erhoffen können.

Sie waren bei der Entwicklung dieser Grundsätze ebenso von der pflichtgemäßen Absicht durchdrungen, die eigene Wehrfähigkeit nicht schwächen zu lassen, solange der unselige Krieg noch fortgeht, als auch von der Intention, einige Völker, die an ihr Gebiet angrenzen, in Stand zu setzen, endgültig und selbständig über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, ohne dabei in einen Zustand der äußersten Not des Elends und der Verzweiflung zu geraten. Eine Verständigung zwischen Rußland und den Mittelmächten über diese sehr schwierigen Fragen jedoch ist nur dann möglich, wenn auch Rußland den ernstlichen Willen zeigt, zu einer Vereinbarung gelangen zu wollen und wenn es anstatt des Versuches, einseitig Diktate aufzustellen, sich bemüht, die Frage auch von der Gegenseite aus zu betrachten und jenen Weg zu finden, der allein zu einem friedlichen Ergebnis führen kann.

Nur unter der Voraussetzung solcher Intentionen können die Delegationen der verbündeten Mächte noch an der Hoffnung einer friedlichen Beilegung des Konfliktes festhalten.

Hierauf ergriff Herr Trotzki das Wort und erklärte, er hoffe, daß die eben verlesene Antwort der Zentralmächte jedenfalls die Zweifel über die formalen Schwierigkeiten beseitigt habe, die für die russische Delegation durch die in der vorigen Sitzung gehaltene Rede des Generals Hoffmann entstanden wären. Die russische Delegation sei der Ansicht, daß sie in vorliegendem Falle Verhandlungen mit einer Partei führe, die verkörpert werde durch die deutsche Regierung. Der Herr Staatssekretär habe darauf hingewiesen, daß alle Punkte dieser Verhandlungen aus dem alleinigen politischen Willen der deutschen Regierung herrührten. Solange diese Ansicht von niemandem formell widerlegt sei, sehe die russische Delegation dies als eine formale Erklärung an. Wenn General Hoffmann darauf hingewiesen habe, daß die russische Regierung sich auf ihre Machtstellung begründe und mit Gewalt vorgehe gegen alle Andersdenkenden, die sie als Gegenrevolutionäre und Bourgeois stempele, so müsse allerdings bemerkt werden, daß auch die russische Regierung auf der Macht ruhe.

In der ganzen Geschichte kenne man bisher keine anderen Regierungen. Solange die Gesellschaft aus kämpfenden Massen bestehe, solange werde sich die Macht der Regierung auf Kraft begründen und durch Gewalt ihre Herrschaft behaupten. Er müsse aber auf das kategorischste gegen die Behauptung protestieren, daß seine Regierung jeden Andersdenkenden für vogelfrei erkläre. Das, was die Regierungen anderer Länder bei den Handlungen der russischen Regierung abstoße, sei die Richtung, in der sie von ihrer Gewalt Gebrauch mache und in der sie sich durch nichts beirren lasse. So hätten er und seine Freunde, als die rumänische Regierung versucht habe, auf russischem Gebiete Gewaltmaßregeln gegen revolutionäre Soldaten und Arbeiter anzuwenden, von hier aus der Petersburger Regierung vorgeschlagen, den rumänischen Gesandten, sein ganzes Gesandtschaftspersonal und die rumänische Militärmission zu verhaften, und sie hätten die Antwort erhalten, daß dies bereits geschehen sei.

Herr Trotzki kam hierauf auf das Schicksal der besetzten Gebiete zu sprechen und meinte, aus den bisherigen Ausführungen der deutschen Vertreter den Schluß ziehen zu können, daß die Entscheidung des Schicksals dieser Gebiete erfolgen solle ohne Rücksicht darauf, ob das eigene Volk bereits imstande sei, die Gestaltung in die eigene Hand zu nehmen. Er möchte demgegenüber der Meinung Ausdruck geben, daß die geäußerte Ansicht nur die Ansichten der russischen Delegation bestärken kann über die sehr untergeordnete Rolle, die die Rechtsphilosophie in der Frage der Entscheidung des Schicksals von Völkern spiele. Das beziehe sich genau ebenso auf die Rechtsphilosophie des obersten amerikanischen Gerichtshofes. Wer die Geschichte der Entscheidungen dieses obersten Gerichtshofes genau gelesen habe, der wisse, daß dieser Gerichtshof seine Rechtsphilosophie sehr häufig in diesem oder jenem Sinne geändert habe, je nachdem es nötig gewesen sei, das Gebiet der Vereinigten Staaten zu erweitern oder nicht. Er glaube, daß bezüglich dieser Frage es viel interessanter wäre, nicht eine Parallele zu ziehen mit der Entscheidung des obersten amerikanischen Gerichtshofes, sondern mit den Ansichten und Aussprüchen derjenigen englischen Juristen, die ihr Recht begründeten und herleiteten, ihre amerikanische Kolonie in der Hand zu behalten.

Was die Form des Verhandelns anlange, so halte es die russische Delegation für notwendig, gerade diejenigen Punkte in den Vordergrund zu stellen, die den Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten bilden und dies mit aller genügenden Entschlossenheit, weil nur in diesem Falle eine gerechte Lösung gefunden werden könne.

Der Vorsitzende der deutschen Delegation habe gefragt, aus welchen Quellen die russische Delegation die Berechtigung herleite, sich für das Schicksal der besetzten Länder zu interessieren, da sie erklärt habe, daß deren frühere Zugehörigkeit zu Rußland ihnen keinerlei völkerrechtliche Verpflichtungen gegenüber Rußland auferlege. Aber sein Recht, sich für das Schicksal dieser Gebiete zu interessieren, habe der Herr Staatssekretär nicht aus der nackten Tatsache der Besetzung herleitet, sondern aus dem Prinzip der Selbstbestimmungsrechts der Völker, welches er allerdings etwas restriktiv interpretiert. Dieses Prinzip gelte aber nicht weniger für die russische Delegation und begründe hinreichend ihr Interesse an dem Schicksal derjenigen Völker, deren Ausscheidung aus dem Bestande des früheren russischen Kaiserreiches sie nicht verhindere. Herr Trotzki schloß mit der Bemerkung, daß sich die russische Delegation selbstverständlich das Recht vorbehalte, eine genaue Aeußerung abzugeben über den Charakter der Erklärungen, die heute verlesen worden seien.

Kühlmanns neue Verhandlungsvorschläge.

Hierauf ergriff Staatssekretär v. Kühlmann das Wort und führte nachstehendes aus:

Was die Rede des Herrn Generals Hofmann betrifft, möchte ich sowohl für mich als für den Herrn General Hoffmann ausdrücklich das Recht vorbehalten, auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

Die staatsrechtliche Zuständigkeit des Deutschen Reiches hat der Herr Vorredner mit der genauen Kenntnis internationaler Verhältnisse, die er besitzt, vollkommen richtig charakterisiert. Der grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Delegation ist, daß wir im Gegensatze zu ihr auf dem Vorhandenen aufbauen, daß wir ohne Bruch und gewaltsamen Uebergang in jenen Gegenden ein geordnetes Staatsleben entstehen lassen wollen, und daß wir es ablehnen, aus reiner Liebedienerei gegen die Theorie erst einen luftleeren Raum zu schaffen und in einer bisher näher nicht bezeichneten Weise in diesem luftleeren Raum den Staat sich bilden zu lassen. Ueberrascht hat mich die geringschätzige Bewertung der Urteile des obersten amerikanischen Gerichtshofs durch Herrn Trotzki. Im übrigen nehme ich mit Befriedigung Notiz von dem Schlusse der Ausführungen des Herrn Vorredners, daß er und seine Delegation nunmehr gesonnen sind, in die wirkliche Diskussion und Klärung der Einzelheiten der uns trennenden Auffassungen einzutreten. Jetzt schlage ich vor,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180117-12/fragment/page=0001

uns an die weitere von der russischen Delegation vorgeschlagene Arbeitsmethode zu halten, um über die vier Punkte, wie sie in unsere Antwort aufgenommen worden sind, nun wirklich in die Detaildiskussion einzutreten. Ich hoffe, daß wir dann in wenigen Tagen so weit sind, mit voller Klarheit und in dem vollen Gefühl der Verantwortlichkeit zu sagen, ob die Schwierigkeiten überwunden werden können oder der hier gemachte Versuch aufgegeben werden muß.

Herr Trotzki erklärte hierauf: Seines Erachtens könnte man jetzt zu der Beratung der beiden Antworten, die vorgeschlagen worden seien, übergehen. Er müsse jedoch nochmals betonen, daß er in der Frage der Zurückziehung der Truppen in keiner Weise der Ansicht des deutschen Vorsitzenden beitreten könne, daß angeblich die Entfernung der Besatzungstruppen hinter sich einen leeren Raum zurücklassen würde. Diejenigen Völker, die das Gebiet Polens, Litauens und Kurlands bewohnten, würden in keiner Weise in einer politisch schwierigen Lage sich befinden, wenn die Besatzungstruppen sie sich selbst überlassen würden. Inwieweit es sich um technische Schwierigkeiten handelt, wie das Fehlen einer eigenen Eisenbahn, Post usw., so könne man in solchen Fragen stets zu einer Einigung gelangen, auch ohne Kontrolle von Besatzungstruppen.

Demgegenüber wies Staatssekretär v. Kühlmann darauf hin, daß neben den technischen Gründen auch die Gründe der Sicherheit, die in dem verlesenen Texte angeführt worden seien, in den betreffenden Gegenden eine sehr gewichtige Rolle spielten.

Sodann beantragte Herr v. Kühlmann, nunmehr über die von der russischen Delegation selbst vorgeschlagenen vier Punkte in der von ihr angegeben Ordnung in eine geschäftsmäßige Beratung einzutreten.

Nachdem sich Herr Trotzki diesem Vorschlag angeschlossen hatte, wurde die Sitzung beendet und die nächste Sitzung für den folgenden Tag 11 Uhr vormittags anberaumt.

(Weitere Berichte: siehe Beilage.)

Rußland.

Revolver-Attentat auf Lenin

Petersburg, 15. Januar. Als Lenin gestern eine Abteilung der sozialistischen Roten Garde, die zur Front abging, begleitet hatte und im Automobil zurückkehrte, wurden auf dieses vier Revolverschüsse ohne Erfolg abgefeuert.

Rakowski in Petersburg. Nach einer Meldung des Dien ist der rumänische Sozialistenführer Dr. Rakowski auf Einladung Lenins und Trotzkis nach Petersburg gekommen. Die Bolschewiki wünschen mit ihm die Frage zu erörtern, in welcher Weise die allgemeine Stimmung in Rumänien nutzbar gemacht werden könne, um die Beseitigung des Königs und der bürgerlichen Regierung durchzusetzen.

Japan gegen die russische Regierung. Die Presse meldet: Ein junger Russe, der früher in Japan studierte, traf in Tokio ein und teilte seine Ernennung zum russischen Botschafter mit. Die japanische Regierung lehnte ab, den maximalistischen Gesandten anzuerkennen. Der bisherige russische Botschafter weigerte sich, das Amtsgebäude zu verlassen.

Große Streiks in Warschau.

Warschau, 15. Januar. Dem Streik der Arbeiter und Beamten der städtischen Betriebe hat sich auch das technische Personal der städtischen Theater angeschlossen. Eine Anzahl öffentlicher Angestelltenabteilungen, wie Feuerwehr und Miliz, streiken nicht. Damen und Studenten haben sich auf Aufforderung des Stadtpräsidiums mit barmherzigen Schwestern zur Krankenpflege zur Verfügung gestellt. Die Ansprüche der Angestellten an die Stadt erstrecken sich nach Mitteilung des Magistrats auf mehrere Millionen. Der stellvertretende Stadtpräsident Drewiecki fordert zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Lebensmittelvorräte sind Maßnahmen vorgesehen, um den Gang der für die Bevölkerung wichtigsten städtischen Betriebe aufrecht zu erhalten (W. T. B.)

Der Fall Caillaux.

Die Verhaftung des früheren Ministerpräsidenten Caillaux als Haupt der bürgerlichen Verständigungsfreunde hat wie ein betäubender Schlag gewirkt. Die Kriegsinteressenten haben in Clemenceau ihren geschätzten Draufgänger, der die Sache zum Aeußersten treibt. Caillaux hatte in Florenz in einer Bank ein Fach gemietet, das jetzt von den italienischen Behörden gewaltsam geöffnet wurde und in dem man neben Wertpapieren und Schmuck von einigen Millionen auch drei Mappen mit politischen Papieren vorfand. In der einen soll ein Plan aufgezeichnet sein, der ein ganzes Machtprogramm darstellt, das Caillaux verwirklichen wollte, wenn er wieder zur Macht käme. Das Programm soll sich als Staatsstreich und Umsturz darstellen, bei dem Poincaré, Briand usw. sofort verhaftet würden. Viel Abenteuerliches wird davon berichtet, was freilich wohl meist Stimmungsmache ist. Jedenfalls hat das politische Frankreich jetzt wieder seinen großen Skandal, der weiteren das genaue führte Wolf verblutet und das Land derbt.

In der Kammer ist es schon zu heftigen Zusammenstößen gekommen, doch trug die Regierung ein Vertrauensvotum davon. Nach einer Meldung soll das Ausland auf Frankreich eingewirkt haben, besonders Amerika. Nach einer Meldung läßt Clemenceau in der Presse erklären, die Depesche Lansings, die die Verhaftung Caillaux veranlaßte, werde veröffentlicht werden.

Clemenceau kämpft um seine Macht. Was Wahrheit, Dichtung oder Uebertreibung ist, läßt sich nicht feststellen. Die Kriegsmacht hat vorerst noch die Gewalt — und daher auch das „Recht".

•

Französische Kriegsopfer. Die amerikanische Review of Reviews schreibt: General Pershings Armee benötige viele Monate zur Erreichung ihrer Bereitschaft in Frankreich. Frankreich habe sich weißgeblutet. Das Volk habe gelitten, wie wenig Völker je gelitten haben. Ungefähr 500 000 Leute erwarben im Kriege die Tuberkulose. In den letzten Jahren starben in Frankreich 1 100 000 Menschen und nur 800 000 Kinder wurden geboren.

Für die Wiederaufnahme internationaler Gewerkschaftsbeziehungen.

London, 15. Januar. Die Daily News meldet: Die englischen Trade Unions und die Arbeiterpartei haben beschlossen, der neuen interalliierten Konferenz der sozialistischen Parteien zum Studium der Kriegsziele, die am 20. Februar in London zusammentritt, die Wiederaufnahme direkter Beziehungen zu den feindlichen Gewerkschaften und die Formulierung eines eigenen Friedensprogramms vorzuschlagen.

Weitere Kriegsnachrichten.

Die kommenden Schlachten im Westen. London, 15. Jan. Die Daily Mail meldet: Der letzte Waffengang an der Westfront wird nicht zu vermeiden sein, nachdem der Gegner auf die Friedensziele von Lloyd Georges und Wilsons bisher beharrlich schweigt. Aber die Entscheidung der Waffen, wie sie auch fallen möge, wird nicht Englands Stellungnahme ändern.

Vorstoß in der Nordsee. Berlin, 16. Januar. Amtlich. Am 14. und 15. Januar unternahmen leichte deutsche Streitkräfte einen Streifzug durch die südliche Nordsee. Sie trafen weder feindliche Kriegsschiffe noch Handelsfahrzeuge an, trotzdem sie nördlich der Themsemündung bis dicht unter der englischen Küste vorstießen. Dort nahmen sie wichtige Hafenanlagen auf nächste Entfernung bei guter Beobachtung mit über 300 Schuß unter wirksames Artilleriefeuer. (Amtlich.)

Friedenskundgebungen unter den griechischen Truppen in Larissa. Aus Athen wird gemeldet: Die von Benizelos versuchte Heranziehung griechischer Truppen zum Frontdienst in Mazedonien ist gänzlich gescheitert. In Larissa kam es vor einigen Tagen zu großen Kundgebungen gegen den Krieg. 800 Offiziere und 20 000 Soldaten erklärten sich solidarisch. Es fiel auf, daß auch die Soldaten aus Kreta, die sonst Benizelos sehr ergeben sind, sich bei den aufständischen Truppen befinden.

Fettrationierung in der Schweiz. Bern, 16. Januar. Der Bundesrat hat beschlossen, die gesamte Erzeugung, Einfuhr, Verteilung und Verwertung der Speiseöle unter die Aufsicht des Volkswirtschaftsdepartements zu stellen unter Errichtung einer Eidgenössischen Fettzentrale. Diese hat in den nächsten Monaten die Rationierung von Fett durchzuführen, bei der vorläufig für den Monat und Kopf der Wohnbevölkerung 500 Gramm Fett (indegriffen 100 bis 200 Gramm Butter) zur Verteilung kommen werden.

Politische Uebersicht.

Der Hauptausschuß des Reichstages

soll auch noch weiter ohne Stellungnahme zu den Kriegs- und Friedensfragen verhandeln. Die für Freitag vorgesehene Erklärung und Rede des Reichskanzlers ist erneut verschoben worden. Erst in der nächsten Woche sollen Mitteilungen erfolgen. Inzwischen will der Ausschuß die Frage der Zensur behandeln. Hoffentlich nicht geheim und „vertraulich", denn das ist eine sehr öffentliche Frage....

Der preußische Etat.

Im Preußischen Abgeordnetenhause brachte der Finanzminister Dr. Hergt mit einer längeren Rede den preußischen Etatsvoranschlag ein. Er stellte die Finanzlage des Staates als ziemlich günstig und durch den Krieg nicht erschüttert hin. Allerdings ist ein Fehlbetrag von über 100 Millionen Mark aufzuweisen, aber nur dadurch, daß das Erträgnis der erhöhten Steuerzuschläge vorweg genommen wurde. Es ist nämlich ungefähr so hoch, wie das Defizit und würde dieses ausgeglichen haben, wenn es erst im diesjährigen Etat in die Erscheinung getreten wäre. Sehr verschlechtert haben sich dagegen nach den Ausführungen des Ministers die Ueberschüsse der Eisenbahnen, auf deren Erträgnissen der Staatshaushalt nicht zuletzt beruhte. Der Minister erklärte es als unumgänglich notwendig, die Eisenbahntarife zu erhöhen und in den nächsten Tagen wird dem Abgeordnetenhaus die Vorlage zugehen, wodurch die Personentarife um 10 Prozent, die Gütertarife um 15 Prozent und die Militärtarife gleichfalls um 10 Prozent erhöht werden. Auch von der kommenden Reichsfinanzreform sind Beeinträchtigungen der preußischen Staatseinnahmen zu erwarten. Der kommunale Lastenausgleich soll mit Staatshilfe durchgeführt werden, bevor die neuen Steuern eingeführt werden, auch eine umfassende Besoldungsregelung steht in Aussicht — kurz, langsam, aber sicher nähern wir uns dem Tage, wo den Steuerzahlern die Rechnung über den Weltkrieg präsentiert werden wird.

Das Abgeordnetenhaus beriet darauf über die Vorschläge, die seine Kommission zur Vereinfachung der Verwaltung gemacht hat. Die Regierung soll ermächtigt werden, diese Vorschläge durchzuführen. Es sollen dadurch die Instanzen eingeschränkt, die Aemter entlastet und Beamte erspart werden. Die Kommission hat gewisse Verringerungen des Rechtsschutzes in der Verwaltung beseitigt, die in dem ursprünglichen Entwurf enthalten waren. Der Konservative Landrat v. Oldenburg konnte sein Bedauern über diese Vorgehen der Kommission nicht verhehlen. Das Haus trat nach einer längeren Debatte, deren Kosten in der Hauptsache der Fortschrittler Cassel bestritt, den Beschlüssen bei.

Es sprach dann noch als letzter Redner der Frauenstimmrechts-Debatte ein konservativer Antisemit namens Heine in dem Sinne, der zu erwarten war, dann wurden die Ausschußanträge annenommen, alle weitergehenden Anträge abgelehnt, und bezeichnenderweise eine Petition des Bundes gegen Frauen-Emanzipation der Regierung zur Erwägung überwiesen!

Am Sonnabend beginnt die erste Lesung des Etats und wird möglicherweise noch in dieser Sitzung zu Ende geführt werden.

Staatseingriffe gegen die Selbstverwaltung.

Protest eines Oberbürgermeisters.

Der Kölner Oberbürgermeister Adenauer wandte sich am 10. Januar in einer Rede vor den Stadtverordneten, unter denen übrigens zum ersten Male drei Sozialdemokraten saßen, sehr entschieden gegen die Unfreiheit der Selbstverwaltungskörper. Nie seien sie durch die staatliche Aufsicht so gehemmt worden wie jetzt.

„Es mag bei unter dem Drang der heutigen Verhältnisse auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung hier und da nötig sein, aber der Appetit kommt mit dem Essen: das Hineinregieren in alle möglichen Verhältnisse durch Tausende und Abertausende von Verfügungen und Anordnungen, das Einfordern von Berichten usw., hat einen Umfang angenommen, der weit über das erträgliche Maß hinausgeht, und das Hineinregieren erstreckt sich auch auf Gebiete, die weit ab von der Lebensmittelversorgung und sonstigen mit dem Kriege zusammenhängenden Verhältnissen liegen. Wir hoffen und erwarten, daß die Zukunft, und zwar eine baldige Zukunft, hier einen entschiedenen und gründlichen Wandel bringt, daß das Bürgertum in seinem Selbstverwaltungsorgan diejenige Freiheit des Handelns bekommt, auf die es einen berechtigten Anspruch hat."

Herr Adenauer machte weiter den Zentralinstanzen den Vorwurf, daß sie auf manchen Gebieten völlig versagt hätten, so auf dem des Schmuggels im größten Maßstabe, der namentlich von der Großindustrie betrieben werde.

Im großen und ganzen liegt in der ganzen Frage der Knüppel beim Hunde. Die Städte werden sich erst dann volle Selbstverwaltung erringen, wenn ein gleiches Wahlrecht demokratische Verwaltung hochkommen läßt.

Noch ein sozialdemokratischer Annexionist.

Der Leipziger Volkszeitung entnehmen wir:

Herr Lensch hat durch seinen Verkehr in der Gesellschaft von 1914 und durch seine Beziehungen zu der durch und durch alldeutschen Deutschen Kolonialgesellschaft den geistigen Boden gefunden, auf dem er sein publizistisches Talent betätigen kann. Er, der sich in der Bekämpfung des Imperialismus nicht genug tun konnte, als andere Umgebungen ihm radikale Gedanken und Ideen zuwachsen ließen, übt sich darin, der deutschen Arbeiterschaft die imperialistische Kolonialpolitik schmackhaft zu machen.

Originell ist das nicht. Bei der Propaganda, die seinerzeit für die deutsche Weltpolitik von anderen Klopffechtern des Imperialismus gemacht wurde, deren erbitterter Feind Herr Lensch damals war, sind solche Versuche zur Genüge gemacht worden. Herr Lensch demonstriert also, daß man auch von seinen Feinden etwas lernen kann. Ihre Argumente verschmäht er auch nicht, und so beweist er der deutschen Arbeiterschaft, daß sie notwendig die kapitalistische Kolonialpolitik unterstützen müsse, da sonst der Handelskrieg der Entente unnennbares Elend über sie bringen werde. Also geschehen im Hamburger Echo vom 6. Januar, wo Herr Lensch die annektionistische Rede des Staatssekretärs Solf in der Deutschen Kolonialgesellschaft beweihräuchert.

Nun macht sich Herr Lensch seine Mühe, die Möglichkeiten und die Aussichten eines solchen Handelskrieges einer ernsthaften Untersuchung zu unterziehen, noch viel weniger bringt er einen Beweis dafür bei, daß die Entente den Handelskrieg wirklich will. Nach der letzten Kriegszielbotschaft Wilsons dürfte ihm dies allerdings auch schwer fallen.

Indessen bleibt er nicht bei der Forderung der Unterstützung der kapitalistischen Kolonialpolitik stehen, sondern er wirft zu allen Grundsätzen noch den Grundsatz: „keine Annektionen" hinterdrein. Da die deutschen Kolonien niemals rollen Ersatz für die Einfuhr aus anderen Ländern bieten können, fordert er — ebenso wie Solf — kurzerhand die Annektion neuer Kolonien:

„Außerdem wird das gewaltig gesteigerte Bedürfnis nach rationeller Ausnützung der afrikanischen Produktivkräfte nach dem Kriege so schlechthin durchschlagend sein, daß die Menschheit es sich einfach nicht mehr leisten kann, so gewaltige Gebiete, wie sie Portugal und Belgien, aber auch Frankreich in Afrika besitzen und die das Achtzigfache des Mutterlandes erreichen, weiterhin nahezu brach liegen zu lassen. Hier werden der aufstrebenden Macht ganz von selber erweiterte Betätigungsgebiete zufallen und zugesprochen werden müssen."

Herr Lensch will also den Kongostaat, die portugiesischen Besitzungen, und dazu ein Stück der französischen Kolonien annektieren. Ob er an Marokko gedacht hat, um deswillen deutsche Imperialisten seinerzeit einen Weltkrieg provozieren wollten? Er stützt sich anscheinend auch auf die Hoffnung, daß die deutschen Soldaten das große deutsche Kolonialreich schon erobern werden, wie der Vorsitzende der Deutschen Kolonialgesellschaft, der Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, Ehrenvorsitzender der Vaterlandspartei.

Herr Lensch ist einer der offenen Annektionisten in der regierungssozialistischen Partei, in deren Reihen noch mancher offene und versteckte Imperialist sich tummelt. Seine Anschauungen würden einem Mitgliede der Vaterlandspartei alle Ehre machen. Wir empfehlen der Vaterlandspartei, Herrn Lensch eine Beitrittsaufforderung zu senden. Warum sollte sie bei solchen Anschauungen kein Glück bei ihm haben?

Die „Gesellschaft von 1914".

Jena. In einer zweiten Versammlung gegen die Vaterlandspartei, in der der Abhängige Rudolf, Redakteur von der Weimarischen Volkszeitung, gegen den erschienenen Dr. Maurenbrecher polemisierte, glaubte Rudolf Dr. Maurenbrecher besonders niedrig hinzustellen, indem er betonte daß Maurenbrecher jetzt sogar Vorsitzender der Gesellschaft von 1914 ist, nachdem der bekannte Verleger, Eugen Diedrichs-Jena, den Vorsitz niedergelegt hatte, weil er es vorzog, nichts mehr mit dieser Gesellschaft zu tun zu haben. Auf den Zwischenruf: „Aber Ihre Parteigenossen!" fragte Rudolf „Wer?" Sogleich kam die Antwort: „Südekum, Lensch" Dieser jedenfalls recht unbequemen Feststellung gegenüber hatte Rudolf die Stirn, vor 3000 Menschen die Zugehörigkeit seiner Parteigenossen Lensch, Cohen, Südekum abzuleugnen indem er ausführte, die Herren hätten nie etwas mit dieser Gesellschaft zu tun gehabt. Diese Ableugnung mag momentan für Rudolf das bequemste gewesen sein. Es steht aber fest, daß jene Herren Regierungssozialisten heute noch Mitglieder der Gesellschaft von 1914 sind und Rudolf hat lediglich indirekt festgestellt, daß bürgerliche Herren, wie Herr Eugen Diedrichs, mehr Reinlichkeitsgefühl haben, wie die Parteigenossen des Herrn Rudolf. Fürwahr ein rechter Bärendienst!

Kleine politische Nachrichten.

Vol. Fortsetzung. Stuttgart, 15. Januar. Der Gesundheitszustand wissen Geheimrat von Bauer bezüglich seiner Arbeitsfähigkeit [illegible] herausichtlich noch in diesem Monat seine Tätigkeit in vollem wird aufnehmen können.

Die Methoden der Vaterlandsparteiler. Auf Antrag des fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Haußmann hat die Stuttgarter Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen den Geschäftsführer der Vaterlandspartei in Württemberg, Professor Hermann Haug eingeleitet, der in der Süddeutschen Zeitung behauptet haben soll, Haußmann sei von englischem Gelde bestochen.

Von der Polenpolitik. Im Herrenhause hat die Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, der aus dem Ansiedlungsgesetze das Recht des Staates auf Enteignung polnischen Grundbesitzes in der Ostmark streichen will. Das Herrenhaus überwies die Vorlage am Mittwoch einer Kommission, in die es die bewährtesten Hakatisten entsandte. Die weitere Sitzung war belanglos und ohne Debatte. Ein vaterlandsparteilicher Antrag zum Friedensschluß soll später beraten werden.

Regierungskrise in Ungarn. Budapest, 15. Januar. Nach Blättermeldungen dürfte sich in der nächsten Zeit eine Umbildung des Kabinetts Wekerle vollziehen, und zwar in der Form, daß die gesamte Regierung ein Rücktrittsgesuch überreicht und Wekerle mit der Neubildung des Kabinetts betraut wird.

Aus der Partei.

Ein Stadtverordnetenwahlsieg der Unabhängigen Sozialdemokratie in Berlin. Am 11. Kommunalwahlbezirk der 8. Abteilung, den unser verstorbener Genosse Stadthagen vertreten hatte, fand am Sonntag die Ersatzwahl statt. Der Kandidat der Unabhängigen Sozialdemokratie, Parteisekretär Genosse Barenthin, wurde mit 1361 Stimmen gewählt, der von den Abhängigen aufgestellte Gegenkandidat Rathmann erhielt 1017 Stimmen. Da die bürgerlichen Parteien keine Kandidaten aufgestellt hatten, werden unter den Stimmen Rathmanns sicherlich viele bürgerliche sein.

Ums tägliche Brot.

Haussuchung beim Magistrat in Neukölln.

In dem gegen den Neuköllner Magistrat eingeleiteten, bereits gemeldeten Ermittlungsverfahren erschien am Dienstag im Auftrag der Staatsanwaltschaft der Leiter der Neuköllner Kriminalpolizei, um beim Magistrat eine Haussuchung abzuhalten. Es handelte sich dabei um die vom Staatsanwalt verlangte Herausgabe der magistratlichen Lieferungsbücher und Handelsabschlußdokumente, von denen bisher der Magistrat nur eine Abschrift ohne Unterschrift vorlegte, während er im übrigen gegen die Herausgabe der Magistratsakten Protest einlegte. Diesem Proteste hat die vorgesetzte Behörde nicht stattgegeben, so daß die Durchsuchung erfolgte.

Skandalöser Schleichhandel.

Die Berliner Vossische Zeitung berichtet was folgt:

Litho- und hektographierte Preislisten sogenannter Schleichhändler gehen zahlungsfähigen Bewohnern der Reichshauptstadt und anderer Großstädte fast allwöchentlich zu. Fast alle Lebensmittel sind da verzeichnet, auch solche, die dem staatlichen Zugriff unterliegen. Speck, Schinken, Eier, Grauwen, Kaffee, Mehl, Tee, Zucker usw. Ja, es gibt in Berlin förmliche Börsen für den Schleichhandel. Der Preis für ein Ei ist augenblicklich 1,50 bis 1,75 Mark; an gute Kunden wird es unter der Hand mit 1,25 Mk. abgelassen. In Thorn sind die Eier augenblicklich im Schleichhandel für 0,50 Mk. zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180117-12/fragment/page=0002

haben. Brot wird unter der Hand mit 2 bis 3 Mark abgegeben, Weizenmehl bis zu 5 Mark das Pfund. All das wissen Hunderte, Tausende in Groß-Berlin, nur das Kriegswucheramt und die Staatsanwaltschaft scheinen es nicht zu wissen. Würde man hier mit starker Hand zugreifen, so ließe sich die Lebensmittelnot schon beträchtlich lindern.

Aus der Provinz.

Wie Landwirte die Nahrungsmittelversorgung erschweren.

In einem süddeutschen Zentrumsblatt, dem Regensburger Anzeiger, fand sich während der Weihnachtswoche folgende bezeichnende Mahnung:

Der bayerischen Fleischversorgungsstelle sind, wie sie mitteilt, wiederholt Klagen darüber zugegangen, daß die Viehhalter, obwohl sie rechtzeitig vom Eintreffen des Viehlieferungsausschusses benachrichtigt worden sind, diesem den Eintritt in den Stall verwehren, Hans und Stallungen verschließen oder das Vieh wegtreiben. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß der Viehlieferungsausschuß nach den gesetzlichen Vorschriften das Recht und die Pflicht hat, alle Räume zu besichtigen und zu untersuchen, in denen Vieh vermutet wird und Auskunft über Zahl und Beschaffenheit der vorhandenen Tiere und über sonstige wirtschaftliche Verhältnisse des Tierhalters (z. B. Größe und Zusammensetzung des Grundbesitzes, Milchablieferung) zu verlangen. Wer die Besichtigung der Räumlichkeiten, insbesondere der Stallungen, verweigert, macht sich strafbar, ebenso, wer wissentlich falsche Auskunft gibt oder sich überhaupt weigert, Auskunft zu geben. Vieh, das dem Auskunft fordernden Viehlieferungsausschuß verschwiegen wurde, kann im Urteil ohne Entschädigung als dem Staate verfallen erklärt werden. Wenn Stallungen zu dem Zwecke versperrt werden, um dem Viehlieferungsausschuß den Eintritt zu verwehren, so können sie auch gegen den Willen des Stallinhabers geöffnet werden."

Wenn Blätter im Königreich Heim solche fatale Zugeständnisse zum Verhalten der Bauern machen müssen, wie mag es dann in der rauhen Wirklichkeit mit der Befolgung der Reichsvorschriften durch die ländliche Bevölkerung aussehen!

Der Provinziallandtag der Provinz Sachsen wird am 5. Mai in Merseburg zusammentreten.

Schkeuditz. Gefunden und bei der Polizei abgegeben wurden: ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Aufbrezgen, ein Ehrenzeichen, mehrere Schlüssel. — Die Verlierer wollen ihre Eigentumsrechte bei der Polizeiverwaltung geltend machen.

Schafstädt. In vier Häusern eingebrochen. In der stürmischen Nacht zum Sonnabend unternahmen Diebe, jedenfalls von auswärts, in vier benachbarten Häusern Einbrüche und stahlen 10 Hühner, 5 Kaninchen, einen Handwagen und verschiedene Sparren.

Neumark. Eine Bezugsstelle für Lebensmittel für den Amtsbezirk Geiseltal errichtet der Kreisausschuß hier am 1. Februar. Mit deren Leitung ist der Kaufmann Hugo Erfurth beauftragt worden. Vom genannten Tage ab wird der Amtsbezirk Geiseltal durch die Bezugsstelle in St. Ulrich, nicht mehr beliefert. Die Kaufleute sowie die industriellen Werke des Amtsbezirks Geiseltal werden ersucht, ihre Warenbestellungen oder die Einreichung der Lebensmittelbezugsabschnitte vom genannten Zeitpunkt ab bei dieser Bezugsstelle zu bewirken.

Eisleben. Kapitals-Konzentration. Die Mansfeldische Kupferschiefer bauende Gewerkschaft in Eisleben hat folgende Gewerkschaften, die sämtlich große Kupfererzlager besitzen, aufgekauft: Stolberg, Rottleberode, Hohnstein, Kyffhäuser, Anhalt. Durch den Ankauf wird der Besitzand der Gewerkschaft selbst nach Erschöpfung der Mansfelder Lager auf weitere Jahrzehnte gesichert.

Schraplau. Tod durch Verbrühen. Der zwölf Jahre alte Knabe Willi Besel trug seinem Vater Ernst Besel Mittagessen nach dem Kalischacht. Aus Langeweile ging er nach einem kochenden Wassin. Wohl aus Unvorsichtigkeit stürzte er hinein, so daß er sich verbrühte und tot herausgezogen wurde.

Sangerhausen. Zu den Sprengarbeiten an der Halestor-Brücke wird in einem Eingesandt in der Sangerhäuser Zeitung u. a. geschrieben: „Seit Monaten werden direkt an der Eisenbahnbrücke am Halestor von einem Unternehmer Eisenstücke mit Sprengstoff gesprengt. Fast täglich wird man erschreckt durch kanonenschußähnliche Detonationen teils leichter, teils schwerer Art, daß die ganze Umgebung bis in ihre Grundfesten erschüttert wird. . . . Aber auch materieller Schaden wird angerichtet. Nicht nur, daß die Nachbarschaft mit Sprengstücken bombardiert wird, auch die Ziegel der Dächer lockern sich und ihre Kalkverfugung stürzt zu Boden, der Kitt löst sich von den Fensterscheiben und Kalk fällt von den Wänden. In meinem von der Sprengstelle verhältnismäßig entfernt gelegenen Hause sowie in meiner Nachbarschaft sind sogar bei besonders kräftigen Schüssen Fensterscheiben gesprungen. Man fragt sich, wie es möglich ist, daß die zuständigen Behörden einen solch gefährlichen, Menschen erregenden Betrieb, der doch kilometerweit von bewohnten Stadtteilen weggehört, unmittelbar am Rande der Stadt genehmigen können, noch dazu, da nicht nur zahlreiche Privathäuser unter diesem Zustande leiden, sondern auch die Beamtenhäuser der Eisenbahnbehörde. Recht seltsam ist es auch, daß ein Privatunternehmer das Recht hat, zu seinem eigenen Nutz und Frommen öffentliche Wege zu gefährden und sogar vorübergehend zu sperren. . . . Mögen diese Zeilen die zuständigen Behörden veranlassen, dafür Sorge zu tragen, daß den unerträglichen Belästigungen und Gefährdungen der Sangerhäuser Einwohner der oberen Hütten- und Halestorstraße durch genannte Sprengungen ein rasches Ende bereitet wird. Ein Anwohner der Nachbarschaft.

Nienstedt. Das fette Schwein gestohlen. Ein Einbruchsdiebstahl wurde bei dem Bergmann Lauterbach verübt. Diebe drangen durch das Stallfenster in den Stall und schlachteten an Ort und Stelle das zirka 3 Zentner schwere Schwein ab, das Lauterbach am Sonntag schlachten wollte; außerdem wurden noch zwei Ziegen abgeschlachtet. Als Frau Lauterbach früh füttern wollte, sah sie mit Schrecken die Ueberreste der drei Tiere.

Eilenburg. Aus dem Stadtparlament. Aus der Aussprache, mit welcher der Erste Bürgermeister die wiedergewählten Stadtverordneten in ihre neue Amtsperiode einführte, ist nur die Mitteilung hervorzuheben, daß die Stadt Eilenburg bis jetzt 382 Einwohner als Opfer des Völkermordens zu beklagen hat; sonst enthielt diese Rede neben dem zum Ausdruck gebrachten Wunsch auf baldigen Frieden nur die üblichen Hinweise auf die Rechte und Pflichten eines solchen Amtes. Alle Posten des Bureaus der Versammlung wurden den bisherigen Inhabern mit 21 von 22 abgegebenen Stimmen wieder übertragen, das sich somit aus den Herren Prof. Reuß, Sanitätsrat Normann, Kaufmann Ritter und Buchdruckereibesitzer Beyer zusammensetzt. Da durch die Abfassung des Verhandlungsprotokolls sich niemand in der Beteiligung an den Debatten beeinträchtigen lassen wollte, konnten die Schriftführerposten erst besetzt werden, als vom Bürgermeister das Anerbieten gemacht worden war, unter voller Verantwortlichkeit der von der Versammlung Bestätigten einen Magistrats-Beamten mit der Protokollierung der Verhandlungen zu betrauen. Die Besetzung der zahlreichen Deputationen, bei der auch den Vertretern der Arbeiterschaft ein ihrer Stärke entsprechender Einfluß gesichert ist, wurde nach den Vorschlägen des Vorstehers einstimmig aufgeheißen. — Von den in die städtische Verwaltung neu einzustellenden Beamten konnten der Versammlung bereits drei vorgestellt, und ihre Wahl in nur leerer Formalität bestätigt werden; es sind dies der Sparkassenrendant Wahle, der Kassenbuchhalter Träger und der Magistratssekretär Piersch, der die Polizeiverwaltung übernommen hat. — Durch einen Antrag des Magistrats soll eine Regelung des Pensionswesens städtischer Beamter und Angestellter dahin erfolgen, daß die Stadt sich der Ruhegehaltskasse für die Provinz Sachsen anschließt. Die Beiträge betragen 5 Prozent der Gehaltsbezüge und würden die Summe von 2100 Mk. erfordern; außerdem ist eine Einkaufssumme von 3000 Mk. zu entrichten, die in zehn Jahresraten abgetragen werden kann. Da die Stadt jetzt an Pensionen über 18 000 Mk. gewähren hat, kann der Beitritt zu dieser Kasse ohne weiteres als eine künftige Entlastung städtischer Aufwendungen bezeichnet werden. Auch die aus der Versammlung geäußerten Befürchtungen, daß die städtischen Körperschaften durch diesen Anschluß in ihren Mitbestimmungsrechten bei ungerechtfertigten Pensionierungsansprüchen durch übergeordnete Instanzen eingegenargt werden könnten, glaubte der Erste Bürgermeister widerlegen zu können. Durch ein weiteres Ansuchen des Magistrats wird der Einrichtung einer weiblichen Lehrkraft am Lyzeum gefordert. Diese Lehrstelle ist mit der Mittelschule in früheren Abteilungen zusammengeglieder, wobei die in beiden Instituten gepflegten Lehrfächer sich gegenseitig ergänzten. Durch einen auf Formalien beruhenden Einspruch der Schulaufsichtsbehörde ist in diesen organischen Zusammenhang eine Lücke gerissen, die durch Ausfallsunterricht der anzustellenden Lehrerin ausgefüllt werden soll. Gleichzeitig soll diese Lehrkraft eine schon länger erledigte, erst nach Beendigung des Krieges neu zu besetzende Oberlehrerstelle — man höre! — „vertretungsweise" übernehmen, so daß der Stadt aus der sofortigen Anstellung Mehraufwendungen eigentlich nicht erwachsen. — So wird zigt man die Frauen! Sie werden wohl für befähigt gehalten, Männerleistungen vertretungsweise ausüben zu können, nicht aber für qualifiziert, jenen gleichgestellt zu werden. Die Statusberatung wurde mit Rücksicht auf die ohnehin reichhaltige Tagesordnung zu vertagen beantragt, und soll in einer baldigst einzuberufenden außerordentlichen Sitzung ohne andere Beratungsgegenstände erledigt werden. Aus dem Bericht der Kriegsnotdeputation ist nur zu erwähnen, daß die Stadt zu Zwecken der Kriegswollinderung bis jetzt Anleihen von insgesamt 900 000 Mk. aufnehmen mußte. Einschließlich der von Staat und Reich gewährten Rückvergütungen belaufen sich die Ausgaben bereits auf weit über eine Million, und es müsse bestimmt damit gerechnet werden, daß die bewilligten Mittel für die sich steigernden Anforderungen bei Kriegsfortdauer und die Verpflichtungen der Uebergangszeit von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft bei weitem nicht ausreichen. — Ueber die wirtschaftlichen Maßnahmen entspann sich eine kurze Aussprache, in welcher vom Magistrate zugegeben worden mußte, daß bei Innehaltung abgeschlossener Lieferungsverträge einige Kontrahenten „Winkelzüge" zu machen gesucht haben. Gleichwohl sei die Versorgungsmöglichkeit, so ungenügend sie auch bezeichnet werden möge, nur auf den Abschluß solcher Verträge zurückzuführen. Durch die enormen Ueberschreitungen der Höchstpreise der beiden nahegelegenen Großstädte Leipzig und Halle wäre jede andere Beschaffung von Obst, Gemüse und dergleichen absolut unmöglich gewesen. In einer Eingabe an das Kriegsernährungsamt sei gegen die Unzuträglichkeiten dieser Verhältnisse protestiert und beschwerdeführend ein Markthallenbericht von Leipzig beigefügt worden.

— Der Oberbürgermeister erhält 3000 Mark Gehaltszulage. Wie die Eilenburger Neuesten Nachrichten mitteilen, stand der Erste Bürgermeister Dr. Belian in Verhandlungen wegen Uebernahme des Postens eines Generaldirektors eines größeren Unternehmens, bei dem er einen sehr großen Wirkungskreis und ein entsprechend großes Einkommen gehabt hätte. Die städtischen Körperschaften haben einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „In Anerkennung der bisherigen erfolgreichen Tätigkeit ihres Ersten Bürgermeisters Dr. Belian legt die Stadtverordnetenversammlung Wert darauf, ihn auch ferner der Stadt zu erhalten, und bewilligt ihm von 1. April 1918 an, seinem Wunsch gemäß, eine persönliche ruhegehaltsberechtigte Zulage von jährlich 3000 Mk. Desgleichen stellt sie in Aussicht, sein Stellengehalt bei der zu erwartenden allgemeinen Gehalts-Neuregelung nach dem Kriege um 1000 Mk. zu erhöhen." Auf Grund der im vorstehenden Beschluß enthaltenen Vertrauens-Abstimmung erklärte sich Erster Bürgermeister Dr. Belian bereit, seinen Eilenburger Posten zu behalten. — Dieser „hochberatne" Entschluß ist ihm allerdings durch den Beschluß der Stadtverordneten sehr erleichtert worden . . .

Zahna. Eine Belohnung von tausend Mark ist auf die Ermittlung des Mörders der Witwe Johanne Erpel ausgesetzt worden, die am 25. Dezember in ihrem Holzstall erstickt aufgefunden wurde.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 17. Januar 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen. In zahlreichen Frontabschnitten Erkundungsgefechte. Nördlich von Vasichendaele an der Scarpe, bei Bendhuile und St. Quentin wurden einige Engländer gefangen.

Oestlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues

Mazedonische Front. Im Cernabogen dauerte lebhafte Artillerietätigkeit an.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert. Bei ihren erfolglosen und verlustreichen Angriffen am 14. und 15. Januar haben die Italiener an Gefangenen 12 Offiziere und mehr als 300 Mann eingebüßt.

•

U-Boot-Krieg. Berlin, 16. Januar. Starker, mit allen Mitteln ausgeführter Gegenwirkung zum Trotz fielen auf dem nördlichen Kriegsschauplatz unseren U-Booten 21 000 Br.-R.-T. Handelsschiffsraum zum Opfer. Hierbei wurde ein englischer Dampfer von mindestens 4000 Tonnen in geschickt durchgeführtem Angriff aus besonders starker Fischdampfersicherung herausgeschossen. Die Mehrzahl der versenkten Schiffe war bewaffnet und schwer beladen. (Amtlich.)

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Allerlei Paul Hennig; Feuilleton, Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Karl Bock; Anzeigen Wilhelm Sorge; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Kunstanstalt und Buchdruckerei G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Der Sonnenwirt.

68]

Roman von Hermann Kurz.

„Nein, eher will ich mich stöcken und blöcken lassen. Entweder setzt mich ins Zuchthaus, wenn Ihr nichts Besseres wisset, oder gehet mir mein Mütterlein's heraus, damit die Sach' auf ein- oder die andere Art endlich in Ordnung kommt."

„Zu deinem Hochzeitstag kannst's haben, wenn du von deinem Tugendspiegel nicht lassen willst, und kannst dann gleich auch Trauf' davon halten. Ich möcht' nur auch wissen, was du an ihm findst. Ich will nicht weiter mit dir streiten, ob du dich mit dem Crispinus vergleichen kannst, aber wenn du das sein willst, so sag nur selber, was du von deiner Crispina hältst, die sich getohlene Sachen zutragen läßt; denn das leid't kein Zweifel, da macht mir nichts weiß."

„Angenommen, es sei so, wisset Ihr denn, ob sie's weiß, woher ich's hab'?"

„Sie wird wohl denken, es sei dir in der Hand gewachsen?"

„Vater, wenn sie reich wär', so möcht' sie tun, was sie wollt', Ihr würdet anders von ihr denken. Jetzt ist sie einmal mein, und das Kind, das sie unterm Herzen trägt, ist mein Kind und muß zu seiner Mutter einen Vater haben, wie ich zu meinem Vater eine Mutter haben sollt'."

„So renn' in den Verderben, wenn du nicht anders willst," sagte der Alte, nahm das Licht und ging in seine Kammer.

25.

Richtig, das muß man sagen, hatte die Krämerin prophezeit. Nie vor seit Jahren in dem doch so christlich gesinnten Flecken die Kirche so gefüllt gewesen wie an dem Sonntag, an welchem Friedrich mit Christinen proklamiert wurde. Außer den Kranken und Gebrechlichen blieb niemand zurück, von den Gesunden fehlte nur die Familie des Sonnenwirts. Der alte Hirschbauer hatte alle die Seinigen in die Kirche geschickt: „die Mücken werden mich derweil nicht fressen," hatte er gesagt. Selbst der kleine Wollkopf hatte in dem Weiberstande neben seiner Mutter und Schwester Platz gefunden und hörte andächtig der Predigt zu. Wohl gab es ein Zischeln und Murmeln, und alles steckte die Köpfe zusammen, als der Pfarrer vor dem Segen die Verlesung der Paare, die in den hiesigen Stand der Ehe treten wollten, begann, aber Friedrich blickte mutig nach der Kanzel und zugleich aufmerksam, ob der Pfarrer in seiner Verkündigung nicht vielleicht irgend ein Zeichen seiner Abgunst einfließen lassen werde. Es geschah jedoch nichts dergleichen, und er konnte es höchstens auffallend finden, daß der Pfarrer unter den zu verkündigenden Paaren ihm und seiner Braut die letzte Stelle angewiesen hatte; diese Ordnung konnte aber der Reihenfolge der Anmeldung entsprechen, somit eine zufällige sein. Der Pfarrer erteilte den Proklamierten und der Gemeinde den kirchlichen Segen, und Orgel und Choral beschlossen den Gottesdienst.

Beim Herausgehen aus der Kirche stieß Friedrich auf den Invaliden. „Was, Ihr seid auch in der Kirch' gewesen, Profok? Hätt' nicht geglaubt, Eure mürbe Knochen hätten Euch so weit tragen. Aber s'ist mir eine Freud' und eine Ehr'. Nur wundert's mich, denn Ihr habt ja auch Mäus' dagegen gehabt."

„Es bleibt dabei, daß Er nicht recht gescheit ist," sagte der Invalide. „Aber zu Seiner Hochzeit soll nichts destoweniger meine alte Lile krachen."

Friedrich drückte ihm die Hand und begab sich zu den Seinigen, die vor der Kirchentür warteten. Er führte seine Braut am Arme, reichte dem kleinen Buben die andere Hand, und die neue Familie setzte sich, die Mutter und beide Söhne voraus, das Brautpaar hinter ihnen, in Bewegung. Wer von der Gemeinde den gleichen Weg hatte, ging höflich lächelnd an ihnen vorbei: auch konnten sie allerlei Bemerkungen hören. Doch schienen die Leute wenigstens das in der Ordnung zu finden, daß das Paar sich heute am Arme führte: daß er, ohne giltig verlobt zu sein, Arm in Arm mit ihr durch den Flecken zu der Kirchenkonventsverhandlung gegangen war, hatte bei der herrschenden Sitte noch größeren Anstoß gefunden, als ihre vorzeitige Mutterschaft.

So langsam sie wegen dieses Aufstandes gingen, so gingen doch zwei von den anderen proklamierten Paaren noch langsamer hinter ihnen drein, um sich über sie lustig zu machen. „Das ist ein Schwanenpaar!" sagte der eine Bräutigam. „Am Ludwigsburger Schloßgarten, im See, hab' ich auch einmal eins gesehen, die sind grad' so gewesen, nur anders, sauberer."

„Die da sind weiß wie ein Lienloch," sagte seine Braut.

„Es gibt auch schwarze," fuhr der Bräutigam fort. „Ich hab's einmal von einem Reisenden gehört, dem ich den Weg auf den Staufen hab' zeigen müssen. Ein kurioser Herr gewesen und hat viel Kauderwelsch durcheinander geschwätzt. Sie seien aber eine große Rarität, hat er gesagt."

„Es wird gut für den Flecken sein," bemerkte die Braut, „wenn die da gleichfalls eine Rarität bleiben."

„Kann denn der Schwan auf trockenem Boden laufen?" fragte der andere Bräutigam.

„Freilich," versetzte der erste, „aber es macht ihm Müh', er wackelt schier gar so schwer daher, wie die da." Er deutete auf Christinen, und alle vier brachen in ein rohes Gelächter aus.

Friedrich machte seine Arme los und kehrte sich um. „Ihr Spitzruten," sagte er, „ist ein Ehrentag ein Tag zum Gassenlaufen? Aber gut, wenn ihr's nicht anders haben wollet, so möget ihr's haben. Du Michel, grüner Tralle," wandte er sich an den einen, „du bist so dumm, daß man Hiesel'wind' mit dir nausstoßen könnt' und daß dein Mädle zu dir hat in die Scheuer kommen müssen, statt du zu ihr, aber wenn man euch erwischt hätt', so hätt's noch eine ganz andere Konventsverhandlung geben als bei uns. Verstanden? Und du, Lorenz," sagte er zu dem andern, „du spitzige Gscheidle, so pfiffig du bist, so weiß ich doch, daß du dich in Zebedä' drüben hast nachts von den ledigen Buben müssen in Brunnentrog tunken lassen, zur Abkühlung, wie sie gemeint haben, jedoch ohne alle Not, denn an dir ist nichts Hitzig's als dein Geiz, der dich verführt hat, vom Herrn Vikarius drüben, dem reichen Prälatensohn, sein ausbraucht's Spielzeug um ein Drauflegeld einzuhandeln, nachdem dein voriger Schatz gestorben ist, man weiß nicht einmal recht, an was. Ich will's an dem genug sein lassen, denn ich seh', daß eure Bräut' rot worden sind, und 's wär' gut, sie täten sich der Heuchelei und Splitterrichterei noch mehr schämen als der Sünd'. Euch zwei Lumpen aber hätt' ich gute Lust über einen wackern Stecken tanzen zu lassen, wenn ich heut' nicht so vergnügt wär'. Wiewohl, ihr brauchet mir nicht viel gute Wort' zu geben, wenn ich euch soll den Gefallen tun."

Die Hirschbäuerin, die mit ihren Söhnen etwas vorausgegangen war, kam eilig zurück, um abzuwehren; aber weder ihre Ermahnung, noch das vielleicht kräftigere Einschreiten der beiden Söhne war vonnöten, denn die Getroffenen zogen mäuschenstille ab und wagten erst in weiter Entfernung wieder zu schimpfen und zu spotten.

Friedrich aber sagte zu seiner Braut: „Christine, bleib' standhaft und mach' mir kein' Streich. Du kannst mein'wegen Hochzeit und Kindbett am gleichen Tage halten, aber nur kein nachenander, damit nicht ein Segen zu früh kommt und der ander' zu spät."

„Sei doch ruhig," erwiderte sie, „das hat keine Not."

„Der Kuckuck hat's gesehen," fuhr er fort, „daß man sich dreimal proklamieren lassen muß. Gleich das erst'mal sollt' man von der Kanzel vor den Altar kommen, damit einem die Welt keinen Prügel mehr in den Weg werfen könnt'."

„Das wär' doch nicht gut," meinte Christine dagegen. „Da könnt' ja kein arm's Mädle mehr Einsprüch tun, wenn ihr Schatz sie sitzen ließ' und ließ' sich mit einer andern zusammengeben."

„Ist auch wahr," sagte er. „Um der Unreu der Menschen willen müssen die Treuen mitleiden. Uebrigens möcht' ich nichts mehr von einem, der mich einmal verkauft und verraten hätt', und was den Einsprüch betrifft, so wird eine Arme wunderselten dadurch ihr Recht erlangen, weil gleich alles zusammenhilft, daß sie geschweigt wird."

„Darum ist's eben das best', wenn man sich auseinander verlassen kann," sagte Christine, „dann sind die drei Wochen Aufkub auch nicht zu lang."

„Gott geb's," erwiderte er, „aber ich wollt', sie wären vorbei."

Die zweite Proklamation, die am nächstfolgenden Sonntage stattfand, machte schon nicht mehr so viel Aufsehen wie die erste; denn die Menschen sitzen sich in vielen, und manche neue Erscheinung, die sie im ersten Augenblick mit Kreuzschlägen empfingen, ist ihnen im Lauf der Zeiten vertraut und befreundet oder, oft richtiger gesagt, zur Gewohnheit geworden.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180117-12/fragment/page=0003

Walhalla-Theater. 7/8 Uhr.
Gastspiel der Operetten-Gesellschaft
Curt Olfers mit Gustav Bertram a. G.
Letzte 3 Tage:
Das Fräulein vom Amt
Operette von **Jean Gilbert.** 3570
Kasse 10—1½ u. 4—6 Uhr.

Konzerthaus „Oberpollinger".
Ecke Gr. Ulrichstrasse und Jägergasse.
Täglich: 3410
Künstler-Konzert.
Ergebenst ladet ein Frau **Elsa Seth.**

3462 Achtung! Neu! Neu!
Altenburger Hof.
Am Alten Markt. Eingang Kutschgasse.
Täglich: **Gr. Konzert der Hauskapelle.**
Um regen Zuspruch bittet Frau **F. Kampe.**

Zahn-Atelier Frau v. Schulz
Sprechstunde v. 9—6 Uhr abends.
Steinweg 52. 3418

Echten Holländer Schnitt-Tabak
empfiehlt 3535
Zigarren-Geschäft Poetzsch, Große Steinstraße 44.

Böhlert's Roßschlächterei. 3528
Freitag vorm.: Nr. 801–1200,
Sonnabend vorm: Nr. 1201–1600.

Johannes Thurm.
Reilstraße 10. 3567
Freitag nachm.: Nr. 701–1000.

Partei-Schriften empfiehlt die Volks-Buchhandlung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Halle.
Sonntag, den 20. Januar 1918, nachmittags 3½ Uhr, im Volkspark, Burgstraße 27:
Generalversammlung
Tagesordnung: 3580
1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1917.
2. Kassen- und Geschäftsbericht für das Jahr 1917.
3. Vorstandswahl sowie Wahl sämtlicher Funktionäre.
4. Anträge zum Verbandstag und andere Verbandsangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Apollo-Theater.
Gastspiel Max Walden-Gesellschaft. 3565
Täglich, abends 8¼ Uhr:
„Die Kinokönigin"
Operette in 3 Akten v. Okonkowsky u. Freund. Musik v. Jean Gilbert.
1. Akt: **Das Steldichein im Fahrstuhl.**
2. Akt: **Die Flimmerkiste.**
3. Akt: **Wenn der Mondschein lacht.**
Vorkommende Gesangsschlager:
Ne Million, ne Million — so'ne Nummer lohnt sich schon. — — Es ist die Frau zur Siegerin geschaffen. — — Wer Geld hat, ist ein feiner Mann. — — Zärtlich, süss und leise, tönt die Walzer — — — Liebliche, kleine Jungerchen. — — In der Nacht, in der Nacht.
Vorverkauf 9-1 u. 5-7½ Uhr, eine Woche im voraus!

Nur noch heute!
Alte Promenade 11a. Fernruf 5738. **U.T.** Leipzigerstrasse 88. Fernruf 1224. 3571
Gottes Mühlen mahlen langsam. Tragödie in 3 Akten.
Das trennende Band. Drama in 3 Akten mit Lili Jacobson, der Darstellerin „Die Lieblingsfrau des Maharadscha".
Der lachende Gewinner. Lustspiel in 2 Akten mit Knoppchen.
Verhinderte Eheirrung Lustspiel in 2 Akten.
Ab morgen!
Lotte Neumann in: **Der schwarze Pierrot.** Filmschauspiel in 4 Akten.
Bruno Decarli in: **Vertauschte Seelen.** Phantastisches Schauspiel in 4 Akten.
Hundesperre und Liebe. Lustspiel in 2 Akten mit Melitta Petri, Leo Peukert, Herbert Paulmüller.
Paul Heidemann in: **Paul und Teddy.** Lustspiel in 3 Akten.
Beginn in beiden Theatern 4 Uhr.

Stadt-Theater Halle
Direktion: Leopold Sachse.
Freitag, den 18. Januar 1918:
Ein Volksfeind.
Schauspiel in fünf Aufzügen von Henrik Ibsen.
Sonnabend, d. 19. Januar 1918, nachmittags 3½ Uhr:
Aschenbrödel.
3564 Abends 7½ Uhr:
Sinfonie-Konzert.
(Solist: Konrad Ansorge.)

Thalia-Theater.
Gastspiel d. Stadttheater-Personals
Sonntag, den 20. Januar 1918.
3435 Abends 7½ Uhr:
Jahrmarkt i. Pulsnitz.
Schwank v. Walter Harlan.

Schulbücher aller Art empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Bio, Gr. Ulrichstr. 57.

Eine Wagenkapsel verloren. Gegen gute Belohnung abzugeben 3569 **Nebel,** Jakobstraße 30, I., r.

Möbel, Betten, Pfandscheine 3424 kauft zu höchsten Preisen **Frau Hornickel,** Kleine Klausstraße 6.

Stemmleiste verloren, Bernstauerstraße. Abzugeben gegen Belohnung Seydlitzstr. 31. *1894

Volksbildungs-Verein
18./1., 8 abds.: „Ernstes u. Heiteres aus deutscher Dichtung" v. Vortragskünstler H. O. Schiller-Halle. Eingl. 15 ₰, Gäste 60 ₰, Vorv. 75 ₰ Abendk.
7./2., 7½ abds.: „Wagner-Opern" (Mitw. Stadttheater-Opernpersonal). Mitgl. 25 ₰, Gäste 80 ₰, Vorverk. 1 ℳ, Abendk. 1 50

Die Sturmflut

Dient dieser Krieg der Menschheitskultur?
Pfarrer A. Pauli, Weissenfels.
II. öffentl. Winterversammlung der 3585
Volkskirchlich-soz. Vereinigung Sachsen-Anhalt, Ortsgruppe Halle.
Freitag, den 18. Januar, pünktlich 8¼ Uhr, im St. Nikolaus, Nikolaistrasse.
Freie Aussprache.
Eintritt 20 Pfg.

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Eine Riesensensation von ungeheurer Spannung in 5 Akten. In der Rolle als verlorener Sohn 3561 **Friedrich Zelnik**

Belagerungszustand, Zensur und Schutzhaft vor dem Reichstage.
Drei Reichstagsreden von **Wilhelm Dittmann.**
Preis 25 Pfg.
Nach auswärts 5 Pfg. Porto.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung, Halle, Harz 43 44.

Arbeitsmarkt

Leute zum Fensterputzen gesucht, nicht unter 17 Jahren. *1892
Vereinigte Glasermeister, Halle a. d. S., Harz 23.

Arbeiter zum Fensterputzen, als Vorarbeiter sich eignend, gesucht, evtl. Kriegsbeschädigte. *1893
Vereinigte Glasermeister, Halle a. d. S., Harz 23.

Wegen Verheiratung meines Mädchens suche ich zum 1. oder 15. März anderweitig, tüchtiges, im Kochen erfahrenes *1850
Mädchen
Frau **Johannes Thurm,** Halle a. d. S., Glauchaerstr. 79.

Neu! Neu! Neu!
Das Erbrecht.
Unter Berücksichtigung der Kriegsvorschriften.
Gemeinverständlich dargestellt von Justizrat Karl Moles.
Broschiert 1.50 Mk., geb. 2.25 Mk. Porto 10 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

„Nun kann ich drauflos marschieren!" mit einer **Platt-, Senk- oder Hohlfuss-Einlage** von 3417 **C. Klappenbach,** Gr. Ulrichstr. 6.

Kamm-Waren kaufen Sie gut und billig 3562 im Kaufhaus **ELKAN,** Leipzigerstr. 87.

Arbeiter-Notizkalender 1918
Mit dem Porträt Karl Marx. Der vielseitige Inhalt ist den Bedürfnissen der Arbeiter und der Kriegszeit angepaßt. Außer dem reichhaltig statistischen Ihrer-Material und sonst wissenswerten Notizen werden besonders hervorgehoben zu werden: Die deutschen Gewerkschaften vor und nach dem Kriege. — Vom guten Deutsch. — Gegenüberstellung Forderungen und sozialpolitischen Gebiete. — Karl Marx — Die Gewerkschaften im Kriegsjahr 1914.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung Halle (Saale), Harz 42/44.

Schlosser
zu möglichst sofortigem Antritt gesucht.
Nur vollständige Adresse einsenden
worauf Zusendung eines auszufüllenden Fragebogens erfolgt.
Bewerber dürfen nicht kriegsverwendungsfähig sein.
Luft-Fahrzeug-Gesellschaft m. b. H., Bitterfeld. *1882

Der Lehrmeister i. Garten u. Kleintierhof
für Garten- und Kleintier-Besitzer unentbehrlich, erscheint wöchentlich, bringt Abhandlungen über Gemüsebau, Obstbau und Kleintierzucht.
Pro Quartal 2.12 Mk.
Zum Abonnement ladet ergebenst ein
Volks-Buchhandlung, Halle, Harz 42/44.

Lohnbuch für Steuerzwecke, zum Gebrauch für **preußische Steuerzahler.**
Preis 30 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42/44.

Amtliche Bekanntmachungen.

Städtischer Verkauf von Zwieback auf besondere grüne Warenbezugsscheine für Kinder bis zu 12 Jahren, in der Talamtschule, am Freitag den 18. Januar 1918. Zum Kaufe berechtigt sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 59-501 bis 65 000 vormittags von 8½ bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 65001 bis 70000 nachm. von 2 bis 6 Uhr. Auf den Abschnitt E der besonderen grünen Warenbezugskarte wird ein Paket Zwieback zu 15 Pfennigen, bezw. für je 2 Abschnitte ein Paket Trula-Mischung zu 35 Pfg. für das Paket abgegeben. Da von Trula-Mischung nur ein geringer Vorrat vorhanden ist, können hiermit nur Haushalte, welche im Besitze von 4 grünen Warenbezugskarten sind, bedacht werden.

Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld bereithalten.

Halle, den 17. Januar 1918. **Der Magistrat.**

Nach § 8 der Bundesratsverordnung vom 19. März 1917, betr. Festsetzung der Erzeugerpreise für **Kohlrüben, Runkelrüben usw.**, werden folgende Groß- und Kleinhandelspreise festgesetzt: Für den Zentner gelbe Kohlrüben 7.00 M. (Großhandelspreis), für das Pfund 12 Pf. (Kleinhandelspreis), für den Zentner weiße Kohlrüben 6.85 M. (Großhandelspreis), für das Pfund 10 Pf. (Kleinhandelspreis), für den Zentner Runkelrüben 5.50 M. (Großhandelspreis), für das Pfund 9 Pf. (Kleinhandelspreis), für den Zentner Stoppelrüben (Wasserrüben) 5.50 M. (Großhandelspreis), für das Pfund 9 Pf. (Kleinhandelspreis).

Halle, den 17. Januar 1918. **Der Magistrat.**

Beschränkung des Bezuges von Waschmitteln.

Auf Grund der Anordnung des Reichskanzlers vom 10. Januar 1918, R.-G.-B., S. 17, wird folgendes bekanntgemacht:

Die an eine Person in einem Monate abgegebene Menge fetthaltiger Waschmittel darf 50 g Feinseife (Toiletteseife, Kernseife, Rasierseife) sowie 125 g Seifenpulver (bisher 250 g) nicht übersteigen.

Die auf Seifenpulver lautenden Abschnitte der Seifenkarte berechtigen bis auf weiteres nur zur Abgabe und Entnahme der Hälfte der darauf verzeichneten Menge.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. geahndet.

Die Verordnung ist am 14. d. M. in Wirksamkeit getreten.

Halle, den 17. Januar 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Vom Freitag, den 18. d. Mts. ab, wird auf Anordnung der Aufsichtsbehörden der gesamte Personenverkehr auf der Strecke **Hettstedt-Nietleben und Gerbstedt-Friedeburg** für die **nächsten 10 Tage,** d. i. bis zum **27. Januar, eingestellt.**

Auf der Strecke **Halle/Klaustor-Nietleben** verkehren an den Werktagen Züge nach folgendem Fahrplan:

ab					an				
4.45	5.45	5.40	6.20	↓	Halle (S.) Kl.	↑	5.15	6.15	6.40	7.10
4.55	5.55	5.50	6.40	↓	Nietleben	↑	5.05	6.05	6.30	7.00
an					ab				

Der **Güterverkehr** für die ganze Strecke wird durch besondere Güterzüge bedient.

Halle, den 16. Januar 1918. *1891

Halle-Hettstedter Eisenbahn.

Geschirrführer mit guten Zeugnissen **gesucht.** Baugeschäft *1895
Schönemann & Schwarz, Turmstr. 5.

Arbeiter, Hausfrauen!
Erinnert bei Euren Einkäufen die Geschäfts-Inhaber an ihre Pflicht, im **Volksblatt** zu inserieren, wenn sie auf Euch als Käufer rechnen wollen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191801 17-12/fragment/page=0004

Brest-Litowsk.

Die Verhandlungen noch nicht abgebrochen.

Neue Sitzungen.

Brest-Litowsk, 16. Januar. Am 15. d. M. haben zwei weitere Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommissionen zur Regelung der territorialen und politischen Fragen stattgefunden, in denen der genossenen Vereinbarung entsprechend in die geschäftsmäßige Besprechung der vier zur Diskussion vorgeschlagenen Punkte unter vorläufiger Zurückstellung von Punkt 1 betreffend das Territorium eingetreten wurde.

Der Vorsitzende der russischen Delegation regte zunächst auf die früher bereits besprochene Frage der

Zuziehung von Vertretern der besetzten Gebiete

zurückgreifend, an, **solche Vertreter nunmehr an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen,** damit sie Gelegenheit hätten, ihre russischerseits bestrittenen Rechte bzw. ihr Anrecht auf die Vertretung ihrer Völker vor der ganzen Welt nachweisen zu können.

Staatssekretär von Kühlmann gab erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, solche Vertreter heranzuziehen, dies jedoch unter der schon früher festgelegten Voraussetzung, daß das Erscheinen dieser Vertreter in Brest-Litowsk auch von der russischen Delegation dahin aufgefaßt werde, daß die Staatswerdung dieser Gebiete durch die Zulassung ihrer Abgeordneten auch russischerseits wenigstens präsumptiv anerkannt werde. Daß ohne eine solche präsumptive Anerkennung die Zulassung von Vertretern der betreffenden Völker begriffsmäßig sich von selbst ausschließe, bedürfe eigentlich keiner näheren Ausführung. Entweder die Herren kämen nach Brest-Litowsk als Sprecher und Vertreter ihrer Völker, und dann müsse zwischen den verhandelnden Parteien Uebereinstimmung darüber bestehen, **daß diese Volkserhebungen wenigstens präsumptiv entstanden seien,** oder aber sie kämen **als Privatleute und hätten dann bei diesen Besprechungen nichts zu suchen.** Herr Trotzki erklärte sich außerstande, auf die vom Vorredner als notwendig bezeichnete Voraussetzung einzugehen, da er nicht anerkennen könne, **daß diese Vertreter den Willen der gesamten Bevölkerung jener Länder zum Ausdruck zu bringen geeignet seien.** Damit entfalle von selbst die wesentliche Vorbedingung des seinerzeit gemachten Vorschlags.

Im Anschluß an diese Erörterung stellte der Staatssekretär von Kühlmann fest, daß die abweichenden Ansichten der verbandelnden Parteien über die Frage, **welche Bedeutung den Beschlüssen der in den besetzten Gebieten bestehenden Vertretungskörper zukomme,** sich auch durch eingehende Diskussion auf einer mittleren Linie nicht hätten vereinigen lassen; indem er hinzufügte, daß dieser Umstand an sich nicht notwendigerweise zum Scheitern der Verhandlungen führen müsse; da ja die verbündeten Delegationen sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt hätten, eine **bestätigende Volkskundgebung auf breiter Basis** in Aussicht zu nehmen. Gefänge es, über die Bedingungen dieser Volkskundgebung auf breiter Basis Uebereinstimmung zu erzielen, so würde die Meinungsverschiedenheit darüber, ob diese Volkskundgebung als **konstituierend** (verfassungsgebend) oder **konfirmierend** (bestätigend) anzusehen sei, seiner Ansicht nach ein Scheitern der Verhandlungen mit seinen weitreichenden Folgen nicht zu rechtfertigen vermögen.

Indem Herr Trotzki zugab, daß die Fortsetzung der Debatte auf dem bisher behandelten Gebiet wenigstens im augenblicklichen Stadium der Verhandlungen zwecklos erscheine, erklärte er, **daß, wenn die seiner Ansicht nach erforderlichen Voraussetzungen für die Volksabstimmung gewährleistet seien,** es für **die praktische Lösung** der Frage in der Tat gleichgültig sei, **welches Organ von dieser oder jener Regierung in irgendeinem vorhergehenden Zeitpunkt präsumptiv anerkannt worden sei. Folglich komme es dem Wesen nach in der Hauptsache darauf an,**

die Unabhängigkeit und Freiheit der Willensäußerung des betreffenden Volksteils zu gewährleisten,

und zur Sicherung der Bedeutung dieser Willensäußerung sei es nötig, **daß sie nicht nur einen konfirmierenden (bestätigenden), sondern einen konstituierenden (frei aufbauenden) Charakter erhalte.**

Die Räumungsfrage.

Bei der Erörterung des vom Staatssekretär von Kühlmann gemachten Vorschlages, für die Vornahme der entscheidenden Abstimmungen in den besetzten Gebieten den Zeitraum zwischen **dem Abschluß des Friedens mit Rußland und spätestens einem Jahr nach dem allgemeinen Friedensschluß anzusetzen,** schnitt Herr Trotzki sofort die **Räumungsfrage an.** Er führte aus, daß keine genügenden Gründe vorlägen, die Schicksale der traglichen Gebiete mit dem Verlaufe und weiteren Gang des Krieges zu verknüpfen. Freilich wäre durch die Wiederherstellung des friedlichen Verkehrs zwischen den beiden Parteien die Fortsetzung des Krieges auf den anderen Fronten nicht ausgeschlossen. Er sei aber der Ansicht, ohne vorläufig einen bestimmten Termin nennen zu wollen, daß die Frage der Regelung der Geschicke der jetzt besetzten Gebiete **in Zusammenhang gebracht werden müsse mit dem Friedensschluß an der Ostfront.**

Staatssekretär von Kühlmann wies demgegenüber zunächst darauf hin, es liege schon ein großes Entgegenkommen darin, daß die Verbündeten sich bereit erklärt hätten, die unter den Artikel röm. I der deutsch-österreichisch-ungarischen Formulierung fallenden Gebiete bereits nach Abschluß der russischen Demobilisierung ohne Rücksicht auf den Fortgang des Weltkrieges zu räumen. Ein weiteres Entgegenkommen seitens der Verbündeten in diesem letzteren Punkte halte er nicht für ausgeschlossen, falls man in den anderen Punkten zu einer Uebereinstimmung gelange. Da jedoch die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit eines Wiederaufflammens des Kampfes an der Ostfront bei Fortdauer des Krieges an anderen Fronten jedenfalls erheblich größer sei als nach Abschluß des allgemeinen Friedens, so müsse er es als ausgeschlossen bezeichnen, für die Räumung der in Artikel röm. II des deutsch-österreichisch-ungarischen Entwurfs angeführten Gebiete einen Zeitpunkt ins Auge zu fassen, der nicht mit Abschluß des allgemeinen Friedens rechne. Weitere Sicherungen als in Artikel röm. I vorgesehen, könnten seitens der Verbündeten, solange der allgemeine Krieg dauere, unmöglich zugegeben werden.

Herr Trotzki entgegnete, daß er in der Regelung der Existenz der fraglichen Völker gemäß ihren Willen die beste Sicherung gegen ein Wiederaufleben des Krieges an der Ostfront erblicken würde.

Staatssekretär von Kühlmann stellte fest, daß zwischen den Parteien Uebereinstimmung herrsche in dem Wunsche, möglichst bald den durch den Krieg geschaffenen Zuständen ein Ende zu bereiten, wiederholte aber, daß es aus den dargelegten Gründen unmöglich sei, die militärischen Sicherungen vorzeitig zu schwächen. Nach einer Replik des Vorsitzenden der russischen Delegation wurde die Sitzung auf nachmittags 5 Uhr vertagt.

Die Nachmittagssitzung wurde um 5 Uhr durch den Staatssekretär v. Kühlmann mit folgenden Ausführungen eröffnet:

Wir haben heute morgen die Besprechung des Zeitraumes zu Ende geführt und mit Bedauern konstatieren müssen, daß auf der Gegenseite, trotzdem die von uns angeführten Gründe vollkommen durchschlagender Natur waren, keine Geneigtheit bestanden hat, auf unsere Darlegungen in irgend welcher Weise einzugehen.

Wir wollen übergehen zum zweiten, zur Diskussion stehenden Punkte, der sich bezieht auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, unter welchen die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes erfolgen soll. Die Hauptfrage bei der Beantwortung dieses Fragenkomplexes wird die sein, inwiefern die Freiheit der Abstimmung bzw. der Wahl zu der ausschlaggebenden Versammlung durch

die Gegenwart von Truppen

in den betreffenden Gebieten beeinträchtigt wird. Die verbündeten Delegationen sind von der vollkommen aufrichtigen Absicht geleitet, für die Abstimmung bzw. Wahl das höchstmögliche Maß von absoluter politischer Freiheit herzustellen, welches mit den Umständen verträglich ist. Dies ist, wie sich aus der Natur der Sache ergibt, zum großen Teil mit eine militärische Frage. Der Rahmen, innerhalb dessen die Diskussion über die Frage laufen kann, ist durch militärische Notwendigkeiten gezogen, über welche hinaus wir nicht gehen können. Die beiden Gesichtspunkte, innerhalb deren diskutiert werden kann, sind folgende:

Eine gewisse Zahl bewaffneter und disziplinierter Streitkräfte ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendig. Ein Teil jetzt militärisch organisierter Kräfte ist notwendig, um den ökonomischen Betrieb des Landes in Gang zu halten. Es wird von unserer Seite in bindender Form die Zusage gegeben werden, daß diese organisierten Kräfte in dem Gebiet, um das es sich handelt, in keiner Weise sich politisch betätigen und keinen politischen Druck ausüben dürfen. Aus dieser Anschauung heraus vertreten wir unbedingt die These, daß die Gegenwart dieser Kräfte der Freiheit der Abstimmung in keiner Weise abträglich sein kann und deshalb ihr Vorhandensein die Ausübung einer vollkommen freien Abstimmung keineswegs beeinträchtigt.

Der Vorsitzende der russischen Delegation wandte sich zunächst wieder der Frage der Räumung der besetzten Gebiete zu; er müsse sich erst über die Räumungsfrage völlig klarheit verschaffen.

Staatssekretär v. Kühlmann entgegnete, er könne **keine Gewähr dafür übernehmen,** daß innerhalb des Zeitraumes, der für die Abstimmung praktisch in Frage komme, **militärische Erwägungen eine vollkommene Räumung des Gebietes möglich erscheinen lassen würden.** Es sei für jeden klar, daß selbst bei Einrichtung einer nationalen Gendarmerie; zu der die Verbündeten durchaus bereit seien, der Sicherheitsdienst in diesen weiten und unsicheren Gebieten innerhalb der Zeitspanne, in der die Abstimmung herbeigeführt werden müsse, nicht so vollkommen zu regeln sei, daß auf militärische Sicherung der Ordnung ganz verzichtet werden könnte. Das Minimalprogramm der Verbündeten sei in sorgfältiger Berücksichtigung der militärischen Notwendigkeiten aufgestellt, und zu seiner Einhaltung bezw. Diskussion im einzelnen seien die Verbündeten bereit. Es werde sich darum handeln, ob nach Ansicht des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation innerhalb des von den Verbündeten dargelegten Rahmens eine Abstimmung oder Wahl unmöglich sei, d. h. **ob bei der der Gegenwart dieser bereits besprochenen geringen organisierten Kräfte die Abstimmungs- oder Wahlfähigkeit als frei von militärischem Druck betrachtet werden könne oder nicht.**

Herr Trotzki erklärte, er könnte jetzt nicht diese Frage in einer Gestalt beantworten, die für die Verhandlungen von praktisch politischer Bedeutung sein würde, und es sei einleuchtend, daß die Klarstellung aller übrigen hierher gehörigen Fragen neben derjenigen von der Räumung der Truppen erst ein annähernches Bild darüber werde verschaffen können, unter welchen **Bedingungen die erwähnte Abstimmung verlaufen würde.** Zunächst müsse er sich auf die Feststellung beschränken, daß die **Gegenwart der in Frage stehenden organisierten Kräfte nach russischer Ansicht der Bedeutung der Abstimmung sehr schweren Eintrag tun würde.** In engem Zusammenhang mit der eben behandelten Frage stehe die der Rückkehr der Flüchtlinge und der Evakuierten in die besetzten Gebiete. Seiner Ansicht nach könne die Abstimmung erst stattfinden, **wenn diese Flüchtlinge und Evakuierten wieder in ihrer Mehrzahl in ihre Heimat zurückgekehrt seien.** Die in dem von der österreichisch-ungarischen und deutschen Delegation überreichten Schriftstück vorgesehene Formulierung erscheine ihm zu einschränkend.

Staatssekretär von Kühlmann gab ohne weiteres zu, daß grundsätzlich Flüchtlinge berechtigt sein sollten, in ihre Heimat zurückzukommen. Es ist aber eine Aufgabe der Verwaltungsbehörden, festzustellen, ob und welche Maßnahmen von dieser allgemeinen Regel zu statuieren wären. Er bitte den Vorredner, ihm zur Erleichterung des Ueberblickes das der russischen Regierung hierüber vorliegende Material zugänglich zu machen, wozu sich Herr Trotzki bereit erklärte.

Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

•

Sonderbesprechungen.

Brest-Litowsk, 16. Januar. Im Laufe des Vormittags versammelten sich die Delegationen der vier verbündeten Mächte zu einer vertraulichen Besprechung. Staatssekretär v. Kühlmann gab in längerer Rede Auskunft über den Stand der mit der russischen Vertretung in den letzten Tagen geführten Verhandlungen zur Regelung der politischen und territorialen Fragen. Die Vorsitzenden der verbündeten Vertretungen brachten dem Staatssekretär einmütig ihren Dank und ihre vollste Zustimmung zum Ausdruck. Eine vertrauliche Besprechung des Grafen Czernin mit den ukrainischen Delegierten, an welcher auch die deutsche Delegation teilnahm, führte zur Herstellung des prinzipiellen Einvernehmens über die das künftige Verhältnis zwischen den Mittelmächten und der Ukraine betreffenden Fragen. Für morgen ist eine Fortsetzung dieser Besprechungen anberaumt. Es sollen dann auch wirtschaftliche Fragen erörtert werden. (W. T. B.)

Halle und Saalkreis.

Halle, den 17. Januar 1918.

Hausbesitzer und Kleinwohnungsnot.

In einer Denkschrift des Breslauer Magistrats über Kleinwohnungsbau hat Justizrat Dr. Epstein Leitäge vom Hausbesitzerstandpunkt aus aufgestellt, deren Prägung die deutsche Grundeigentümerzeitung als besonders glücklich und auch für andere Großstädte passend bezeichnet. In diesen Leitsätzen heißt es: „Es ist an allen Orten, in denen Wohnungsnot besteht oder droht, die Errichtung von Häusern mit Kleinwohnungen in zweckdienlicher Weise zu fördern. Soweit hierbei behördliche Hilfe in Frage kommt, haben die Behörden alles zu vermeiden, was die Lage der derzeitigen Hausbesitzer zu untergraben geeignet ist. Die Eigentümer der bestehenden Häuser leistungsfähig und arbeitsfreudig zu erhalten, ist bei der großen Zahl der bestehenden Wohnungen auch für die Allgemeinheit von ungleich größerer Bedeutung, als die Beschaffung neuer Wohnungen, deren Herstellung immer nur in verhältnismäßig geringer Zahl möglich ist. Es ist selbstverständlich Pflicht der Gemeinden, Vorsorge zu treffen, daß die heimkehrenden Krieger ausnahmslos auch eine menschenwürdige Wohnung vorfinden. Zu dem Zwecke haben die städtischen Behörden unverzüglich Schritte zu tun, um Teilung größerer Wohnungen, vorübergehende Freigabe von Räumen in höheren Stockwerken, Bereitstellung öffentlicher Räume herbeizuführen. Das wird um so leichter sein, wenn die städtische Baupolizei der Angelegenheit Wohlwollen entgegenbringt. Dauernde Abhilfe ist zu erhoffen, wenn der zweite Teil des Gesetzes über die Sicherheit der Bauforderungen endlich eingeführt, dadurch den Bauhandwerkern die Bezahlung ihrer Arbeiten gesichert und so der Bauschwindel an der Wurzel getroffen wird. Die Bautätigkeit der Bau-

Durch spanische Gefängnisse.

Ein „fast arabisches Märchen" von Leo Trotzki.

Trotzki, der Führer der russischen Friedensdelegation in Brest-Litowsk, ist bekanntlich, ehe er in Rußland zur Macht gelangte, in Rußland und bei seinen Verbündeten Gegenstand fortwährender Verfolgungen gewesen. In sämtlichen „Ländern der Freiheit", die er im Kriege wider Willen besuchte, hat er Bekanntschaft mit dem Gefängnis gemacht. So auch in Spanien, wohin ihn die französische Republik ausgewiesen hatte, weil er seinem Pariser Organ Nasche Slowo (später Raschalo) rücksichtslos die Eroberungsabsichten der Entente aufdeckte. Ueber seinen Aufenthalt im Madrider Gefängnis hat Trotzki selbst im Dezember 1916 in der Zeitung Raschalo einen launigen Bericht unter der Ueberschrift „Ein fast arabisches Märchen" erstattet, der interessant genug ist, um ihn gerade heute vorzulegen. Trotzki erzählt:

„Das Madrider Gefängnis besteht aus fünf Baufflügeln. Sie sind radial angeordnet und machen jeder für sich einen soliden Eindruck. Eine Eigentümlichkeit des Gefängnisses ist, daß der Neueintretende gefragt wird, ob er eine Kammer zu anderthalb Franken, zu 75 Centimes pro Tag oder eine Freikammer zu beziehen wünsche. Wenn der Neuling nicht frei von martinikanischen Tendenzen ist, kann er zur Antwort geben, daß er sogar auf die Freikammer verzichte, worauf jedoch erläuternd bemerkt wird, daß die Freiheit in der Auswahl nicht so weit gehe.

Die Kammer zu anderthalb Franken hat zwei mit baumwollenen Gardinen verhängte Fenster; wahrscheinlich soll das Auge durch das Gitter nicht beleidigt werden. Der feinerne Fußboden ist mit einem spuckeunabdrängten Teppich bedeckt. In den Ecken stehen zwei Glasschränkchen, über dem Tische hängt ein Kruzifix, der Stuhl ist nahezu ein Lehnstuhl; die Tür dagegen . . . die Tür wird von außen mit irgend einem komplizierten und tückischen Schloß verriegelt. Ein besonderes glücklichen Zusammentreffen von Umständen hat uns gestattet, drei Tage im Madrider Gefängnis zu verbringen.

„Weshalb halten Sie mich eigentlich verhaftet, meine Herren?" wandte sich der Autor an den Polizeiolymp. „Es sind gerade zehn Tage, daß ich in Spanien bin. Spanisch spreche ich nicht. Ich kenne nicht einen einzigen Spanier. Ich habe in Spanien nicht eine einzige Zeile veröffentlicht. Vorläufig habe ich nur Ihre Museen und Kirchen besucht. Das sind doch gewiß geradezu ideale Umstände, die für mich jedwede Möglichkeit ausschließen, irgendwelche Grundlagen zu erschüttern. Weshalb haben Sie mich denn nun eigentlich verhaftet?"

Diese einfache Frage brachte, wie sonderbar dies auch scheinen mag, die Olympier von der Polizei in Verlegenheit. „In der Tat, weshalb verhaften wir ihn?" Sie begannen der Reihe nach verschiedene m. E. sehr wenig überzeugende Hypothesen aufzunehmen. So verwies beispielsweise der Eine auf die Paßschwierigkeiten, die die russische Regierung den nach Rußland reisenden Ausländern bereitet.

„Wenn Sie wüßten, wieviel Geld uns die Verfolgung unserer Anarchisten kostet" — mit diesen Worten suchte ein anderer meine Anteilnahme zu erwecken.

„Aber erleuchten Sie mal: ich kann doch unmöglich gleichzeitig für die russische Polizei und die spanischen Anarchisten die Verantwortung tragen!"

„Aber gewiß nicht, gewiß nicht! Wir führen das bloß so als Zeitvertreib . . ."

„Nichtsdestoweniger haben Sie mich aber doch verhaftet!"

„Welches sind Ihre Anschauungen?" fragte mich schließlich nach langem Brüten der „Chef".

Ich legte in populärer Form meine Anschauungen dar.

„Nun, da haben Sie es," wurde mir zur Antwort, „vos opiniones son trop avancées pour l'Espagne". (Ihre Ansichten sind für Spanien zu fortschrittlich.)

Der Leser ist berechtigt, hierin eine Karikatur, eine Parodie, einen Scherz zu vermuten. Nichts dergleichen. Alles hat sich buchstäblich wie beschrieben zugetragen. „Ihre Ansichten sind für Spanien zu fortschrittlich."

„Aber erstens haben Sie meine Anschauung eben erst aus meinem Munde erfahren und zum zweiten genügt es nicht, „zu fortschrittliche" Ansichten zu haben, man muß sie in einer gesetzwidrigen Form zum Ausdruck bringen usw.

Das Kriegsgespräch zog sich nutzlos in die Länge, denn der Hauptfehler gegen mich war bereits unterzeichnet. Schließlich befahl der Chef einem der Agenten, die mich verhaftet hatten, mich „wie einen Kavalier" zu behandeln, mir ein gutes „Zimmer" zuzuweisen usw. Um zwölf Uhr nachts wurde ich nach dem Madrider Gefängnis gebracht.

Der Agent, der ein Trinkgeld von fünf Pesetas erhalten hatte, stillte sofort den Durst und begann der ihm erteilten Instruktion eine etwas enthusiastische Auslegung zu geben. Er kopierte mich auf die Schulter und zwinkerte mir mit seinem einen und einzigen Auge zu (das andere hatten ihm die Amerikaner im kubanischen Kriege durchgeschossen). ich muß durchaus seine Zigaretten rauchen, er gab seiner Liebe für die Verbündeten im allgemeinen, die Russen im besonderen und speziell für mich Ausdruck, machte wiederholt den Versuch, mich in der Droschke zu umarmen und endigte damit, daß er den Wagen vor einer Bierbude halten ließ und für uns beide Bier forderte, daß er mit der Begründung bezahlte, ich sei sein amigo (Freund).

Ich muß überhaupt meine Bescheidenheit bezwingen und vorgreifend sagen, daß ich in mir die unerwartete Fähigkeit entdeckt habe, die Herzen der spanischen Agenten zu gewinnen: drei solcher Männer haben mir vorläufig ihre Freundschaft angeboten, dabei ist das spanische Kapitel meines Lebens noch nicht abgeschlossen.

Ueber das Gefängnis habe ich schon eingangs berichtet. Die Einteilung der Bewohner dieses Instituts in drei Gruppen je nach der zu leistenden Zahlung für die Kammer lichten mir im ersten Augenblick ganz schmuck, insbesondere als ich erfuhr, daß den „reuigen" Bewohnern ein zweitägiger Spaziergang und täglicher Besuchsempfang zuteil. während für die Bewohner der Freikammern Beschränkungen sowohl hinsichtlich der Spaziergänge als auch der Besuche bestehen. Aber im Grunde genommen ist das nur konsequent. Welchen Sinn hätte es, eine fiktive Gleichheit des Gefängnisregimes zu schaffen in einer Gesellschaft, die restlos auf der Ungleichheit der Klassen aufgebaut ist? Zudem unterstützt die weise Gefängnisverwaltung, indem sie die Verbrecher durch alle möglichen Vergünstigungen in die nur gegen Zahlung zu habenden Kammern lockt, das Staatsbudget, das in Spanien bekanntlich noch mehr als anderswo der Unterstützung bedarf.

Der Gehilfe des Gefängnisdirektors und der Gefängnispriester mischen sich auf jede Weise ihre Teilnahme aus und kritisieren jeart das „liberale" Ministerium des Grafen Romanones, wobei der Priester unsere Unterhaltung mit den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191801 17-12/fragment/page=0005

genossenschaften und gemeinnützigen Gesellschaften ist in keiner Weise geeignet, die freie Bautätigkeit zu ersetzen und das Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Ihre Bevorzugung schadet der Bautätigkeit mehr als sie nützt, und deshalb wendet sich der organisierte Hausbesitz gegen jede Bevorzugung dieser Organisation in irgend einer Form. Es ist insbesondere Protest einzulegen, daß Hypotheken zu einem niedrigeren Zinsfuß hergegeben werden, als dies dem übrigen Hausbesitz gegenüber geschieht. Eine jede Bevorzugung macht den seßhaften Grundbesitz konkurrenzunfähig, schädigt diesen und auch die Stadt selbst, die nicht berechtigt erscheint, das zum größten Teil vom Hausbesitz aufgebrachte Vermögen zu verschenken, um für Neubauten Vorzugsrechte gegenüber dem bestehenden Hausbesitz zu begründen. Es erscheint auch nicht erforderlich, daß zum Erwerbe von Häusern städtisches Land, sei es Baugenossenschaften oder Privatpersonen, zum Einkaufspreise gewährt wird. Auch hierin liegt ein Geschenk. In weiteren Leitsätzen wird dann Stellung genommen zur Umsatzsteuer, zur Wertzuwachssteuer, deren völliger Wegfall gefordert wird, und zur Frage der ersten und nachstelligen Hypotheken.

Die Hausbesitzer spielen in den Gemeinden auf Grund ihres völlig überholten Privilegs eine bedeutende Rolle und werden nach diesen lieblichen Grundsätzen gegen die Interessen der kleinen Leute nach Kräften wirken. Die Arbeitervertreter werden harte, aber dankbare Aufgaben haben, diese Grundsätze zu durchkreuzen

---

Ein fragwürdiges Ersatzmittel.

Die Firma R. Decker, Charlottenburg, bietet unter der verlockenden Ueberschrift: Wer Kohlen sparen will, verwendet Dauerbrand, ein fragwürdiges Präparat an, das sie ja dank der preußischen Ersatzmittelfreiheit ungehindert vertreiben darf, wenn sie innerhalb der schwarz-weißen Grenzpfähle bleibt. Glücklicherweise ist das Produkt aber auch nach Bayern gelangt, wo bekanntlich nur geprüfte Ersatzmittel vertrieben werden dürfen. Das Ergebnis der Untersuchungen des Bayerischen Revisionsvereins ist die Warnung vor „Dauerbrand", der ein wertloses Pulver ist. Ueberdies ist die in der Gebrauchsanweisung angegebene Bedienung des Ofens unrichtig und gefährlich!

Die preußischen Verbraucher werden den Bayern dankbar dafür sein, daß sie hin und wieder von den bayerischen Verordnungen auch Vorteil haben. Wann aber werden wir in Preußen endlich so weit sein, daß wir nicht mehr auf so freundliche bayerische Zufälle angewiesen sind? Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen ist immer wieder für ein Ersatzmittelprüfungsamt für das Reich eingetreten. Man wird versucht zu fragen: Wie schlimm wird es erst noch kommen müssen, bis diese Forderung, deren Durchführbarkeit längst erwiesen ist, endlich erfüllt wird?

Höchstpreise für Sauerkraut.

Die Kriegsgesellschaft für Sauerkraut erläßt eine Bekanntmachung, wonach die Hersteller Sauerkraut (Kohl- und Rübensauerkraut) nur gegen einen von der Reichsstelle für Gemüse und Obst ausgefertigten Bezugschein abgeben dürfen. Die Bezugscheine werden den von den Landeszentralbehörden der Reichsstelle für Gemüse und Obst benannten Stellen zur weiteren Verteilung überwiesen.

Bei Absatz von Sauerkraut 1. Qualität gelten die folgenden Höchstpreise: 1. Beim Absatz durch den Hersteller frei Verladestation des Herstellers für 50 Kilogramm netto 16 Mk., 2. beim Absatz durch die behördlichen Verteilungsstellen an den Kleinhandel oder an Großverbraucher frei Haus oder Lager des Empfängers für 50 Kilogramm 19,50 Mk., beim Absatz durch den Kleinhandel an die Verbraucher einschließlich handelsüblicher Verpackung für 1 Pfund 25 Pf.

Für Lieferungen an Heer und Marine gelten die von der Kriegsgesellschaft den Herstellern mitgeteilten Sonderbestimmungen.

---

* **Erhöhung der Löhnung für Vermißte und Gefangene.** Durch Bekanntmachung im Armeeverordnungsblatt ist bekanntlich eine Aufbesserung der Löhnung für Soldaten mit Wirkung vom 1. Dezember 1917 an eingetreten. Diese Erhöhung hat, wie jetzt veröffentlicht wird, auch für die Fälle Geltung, in denen die Löhnung an die Angehörigen von Vermißten und Gefangenen weitergezahlt wird. Da aber diese Löhnung überhaupt nur auf Antrag weitergewährt wird, tritt auch die Erhöhung nur auf Antrag ein. Der Antrag ist an den Truppenteil, Bataillon usw. zu richten, der die Auszahlung der Löhnung bewirkt. Wie auf die Löhnung im allgemeinen, so besteht auch auf die Erhöhung kein unbedingter Rechtsanspruch. Sie „kann" nur gewährt werden, und zwar nach Maßgabe der „Bedürftigkeit" der Angehörigen. Diese ist von der für die Angehörigen zuständigen Ortsbehörde zu bescheinigen. Es ist gut, wenn eine solche Bescheinigung gleich dem Antrage beigefügt wird. So gut es angängig ist, die Löhnung überhaupt nur teilweise zu gewähren, so kann auch die Aufbesserung nur zum teilweisen Betrage geschehen. Die Löhnungen sind bekanntlich erhöht worden für Gemeine von 15,90 Mk. auf 21 Mk., Gefreite und Obergefreite von 18,60 Mk. auf 24 Mk., Unteroffiziere von 40 Mark auf 48 Mk. Da Nachzahlungen für rückliegende Zeiten nur selten gewährt werden, empfiehlt es sich, die Gesuche um Erhöhung unverzüglich zu stellen.

* **Nur noch 125 Gramm Seifenpulver.** Nach den bisherigen Bestimmungen entfielen auf die Seifenkarte in einem Monat 50 Gramm Feinseife und 250 Gramm Seifenpulver. Jetzt setzt eine neue Verordnung des Reichskanzlers mit Wirkung vom 14. d. M. die Seifenpulvermenge auf nur 125 Gramm monatlich herab. Begründet wird diese Herabsetzung damit, daß die für Seifenpulver nötigen Sodamengen fast ausschließlich von der Heeresverwaltung in Anspruch genommen werden.

* **Im Stadttheater** wird heute, Donnerstag, den 17. Januar, Verdis Othello mit den Damen Mahlendorff und Böhmer und den Herren Bolz und Neudörffer in den Hauptpartien wiederholt. Die am Freitag stattfindende Erstaufführung von Ibsens Ein Volksfeind steht unter der Spielleitung von Ludwig Masson. Die Vortragsfolge des am Sonnabend, dem 19. Januar, stattfindenden Sinfonie-Konzerts unter musikalischer Leitung von Oskar v. Pander bringt die Sinfonie Nr. 3 Es-Dur (Eroica) von Beethoven und die Tondichtung Tod und Verklärung von Richard Strauß. Der berühmte Pianist Konrad Ansorge, der Solist des Abends, spielt die Sonate F-Moll Op. 57 (Appassionata) von Beethoven, sowie das A-Dur-Konzert Nr. 2 von Liszt. Am Sonnabend nachmittag wird das Weihnachtsmärchen Aschenbrödel gegeben. Der Sonntag-Spielplan bringt nachmittags 3½ Uhr als Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen Lortzings Zar und Zimmermann, abends 7½ Uhr wird Verdis Oper Othello mit Oskar Bolz in der Titelpartie wiederholt. Die nächste Aufführung der Operette Wiener Blut ist auf Montag, den 21. Januar, angesetzt.

Thalia-Theater. Am Sonntag, dem 20. Januar, findet im Thalia-Theater die Erstaufführung des dionysischen Schwanks Jahrmarkt in Pulsnitz von Walter Harlan statt. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Biedermann, Troeger und Hartmann und die Herren Friedrich, Krivat, Fistin, Wilde, Förster.

* **Im Walhalla-Theater** kann die Operette Das Fräulein vom Amt infolge anderweitiger Disposition nur noch bis einschließlich Sonntag gegeben werden. Am Montag ist die Erstaufführung der Operette Der Favorit, welche in Berlin Komische Oper fast ein Jahr lang das Zugstück war. Karten für die Erstaufführung sind ab heute zu haben.

* **Straßenüberschwemmung.** Infolge des gestrigen starken Regens wurden einige Keller der Trotbacr Straße unter Wasser gesetzt. Die Trotbacr und Möbischer Straße wurden stark verschlammt. Mannschaften der Flieger-Ersatz-Abteilung leisteten hilfreiche Hand.

* **Pelzmantendiebstahl.** In der Nacht zum Mittwoch wurde in der Gr. Steinstraße eine Schaufensterscheibe zertrümmert und für etwa 1000 Mk. Pelzwaren gestohlen. Ermittelungen nach den Tätern sind im Gange.

* **Als Leiche aus der Saale gezogen** wurde in der Nähe der Trotbacr Mühle ein 24jähriger Mann. Der Tote, der etwa drei Monate im Wasser gelegen haben mag, hat nach den vorgefundenen Umständen Selbstmord verübt.

Aus der Provinz.

Delitzsch. Weizengrieß, das Pfund zu 32 Pf., kommt am Freitag in allen Verkaufsstellen, 125 Gramm auf Abschnitt 36 aller Lebensmittelscheine (B.-K.-Abschnitte gelten voll.) zum Verkauf. – Marmelade, 150 Gramm, das Pfund zu 90 Pf., ist am Sonnabend, dem 19. d. M., von nachmittags 3 Uhr ab, in allen Verkaufsstellen auf je einen Abschnitt Nr. 37 aller Lebensmittelscheine erhältlich.

Bitterfeld. Durch Erhängen entleibt hat sich der beim Landratsamt Bitterfeld tätige Hilfsangestellte Nagel. Ihm stand die Fleischkarten-ausgabe unter. Näheres über den Grund zur Tat kann, einem Delitzscher Blatte zufolge, angeblich zurzeit nicht genannt werden; man gehe aber wohl nicht fehl, wenn man den Selbstmord Nagels mit dem Vergehen des verhafteten Beyer-Delitzsch, zurzeit in Untersuchungshaft in Bitterfeld, in Einklang bringe.

Uebigau. Die Schneidemühle des Otto Wunderlichschen Baugeschäfts brannte vollständig nieder. Obgleich durch die reiche Nahrung, die das Feuer in dem Holzfand, sich große Glut entwickelte, entstand ein weiterer Schaden in den angrenzenden Gebäuden nicht.

Dessau. Das Pensionsgesuch des Oberbürgermeisters wurde am Dienstage von der Stadtverordneten-Versammlung in namentlicher Abstimmung mit 16 Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen angenommen. Der Antrag auf Einleitung eines Ermittelungsverfahrens gegen den Oberbürgermeister wegen Ueberschreitung der Höchstpreise wurde bei der nunmehr erfolgten Eröffnung des Disziplinverfahrens gegen den Oberbürgermeister als zwecklos zurückgezogen. Eine Beschlußfassung über die Stellungnahme zu der Beschäftigung hilfsdienstpflichtiger Stadtverordneten im städtischen Dienst wurde vertagt. Ferner erklärte die Stadtverordnetenversammlung, daß zu einem Einschreiten gegen einen Stadtverordneten wegen pflichtwidriger Handlung kein Grund vorliege.

Allerlei.

Schwere Explosion im Betriebe der A. E. G.

Berlin, 16. Januar. In einem Fabrikraum der A. E. G. Brunnenstraße 107a, entstand gestern vormittag aus noch nicht aufgeklärter Ursache eine schwere Explosion. Von den in dem Raume anwesenden Personen wurde die 26jährige Arbeiterfrau Ida Kuczewski, deren Ehemann im Felde steht, in Stücke gerissen und auf der Stelle getötet. Durch umherfliegende Eisen-, Holz- und Glassplitter wurden verletzt die 26jährige Arbeiterin Margarete Schlagowski, die 23jährige Arbeiterin Luise Polei, die 21 Jahre alte Arbeiterin Erna Grothe, die in demselben Alter stehende Arbeiterin Marie Meyer und die 27jährige Arbeiterin Frau Elly Schmenzler. Gleichzeitig erlitten die Verunglückten infolge sich entwickelnder Säuredämpfe Vergiftungen. Die Verletzten wurden sämtlich dem Lazarus-Krankenhause, die Leiche der Frau Kuczewski dem Schauhause zugeführt.

Neuer Ausbruch des Vesuvs.

Der in unmittelbarer Nachbarschaft der Stadt Neapel gelegene Krater des Vesuvs hat seit mehreren Tagen wiederum seine unheilvolle Tätigkeit begonnen. Große Massen von Lava entrinnen den zahlreichen Rissen des Kraterrandes und wälzen sich in westlicher und südwestlicher Richtung die Abhänge hinab dem Meere zu. In erster Linie scheinen wieder die Orte am Meere bedroht zu sein, die schon während der Ausbrüche der letzten Jahre besonders gefährdet erschienen und zu denen in erster Linie Torre-Annunciata, Torre-del-Greco, Portici,

Resina und San Giorgio gehören. — Auch Boscotrecase soll von seinen Einwohnern bereits verlassen sein. Die italienische Regierung hat sofort die Räumung aller bedrohten Ortschaften angeordnet. Der Vesuv ist einer der wenigen feuerspeienden Berge, deren Tätigkeit seit Menschengedenken ununterbrochen angehalten hat. Bekannt ist namentlich der Ausbruch des Jahres 79 n. Chr., dem bekanntlich die Städte Herkulanum, Pompeji und Stabiae zum Opfer fielen; ferner die Ausbrüche von 1631, 1750, 1794, 1850, 1858, 1868, 1872 und 1906.

Letzte Nachrichten.

Republik Turkestan.

Stockholm, 16 Januar. Das ukrainische Informationsbureau in Stockholm teilt mit: Der Rat der Nation in Kiew erhielt die Nachricht, daß ein außerordentlicher Kongreß der Muselmanen Turkestans in Uebereinstimmung mit der mehrere Millionen zählenden Bevölkerung Turkestans in bezug auf das Selbstbestimmungsrecht und gemäß den Grundsätzen der großen russischen Revolution am 28. Dezember 1917 das Gebiet von Turkestan als selbständige Republik im Bunde mit der föderativen russischen Republik erklärt hat. Einstweilen wurde ein Nationalrat gewählt, ebenso eine provisorische Regierung. Die konstituierende Versammlung soll die endgültige Form der Autonomie bestimmen.

Kerensky entdeckt

Stockholm, 17. Januar. Laut Rietsch soll es den Bolschewiki gelungen sein, Kerensky in der Privatwohnung eines sozialevolutionären Studenten aufzuspüren. Seine Verhaftung soll bevorstehen.

Verunglückter Urlauberzug.

Saarbrücken, 16 Januar. (Amtlich.) Der Urlauberzug 248 ist heute morgen bei Hirn infolge Dammbruches entgleist. Maschine, Postwagen und zwei Personenwagen sind abgestürzt. Es gab Tote und Verletzte. Nähere Feststellungen über ihre Zahl liegen noch nicht vor.

Schneefall in Hannover

Hannover, 16. Januar. Der mehrstündige starke Schneefall in der vergangenen Nacht, dem heute vormittag anhaltender Regen folgte, hat überaus große Verkehrsstörungen verursacht. Der Straßenbahnverkehr mußte fast völlig eingestellt werden. Der Zugverkehr leidet unter mehrstündigen Verspätungen. Auch der Telegraphenverkehr ist gestört.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

---

frommen Worten schloß: „Was bleibt da zu tun? Geduld, Geduld!"

Nur einmal, als ich zur daktyloskopischen Untersuchung vorgeladen wurde, mangelte es mir an der nötigen Geduld, und ich weigerte mich, freiwillig meine Hände mit Farbe zu beschmieren wie überhaupt diese vorsichtige Wissenschaft zu fördern. Nach langem Schwanken und Beraten ergriffen die Aufseher Besitz von meinen Händen (ich leistete natürlich keinen Widerstand) und nahmen alle erforderlichen Manipulationen vor. Nunmehr sollten die Füße an die Reihe kommen, und ich wurde aufgefordert, die Stiefel auszuziehen. „Nein, bemühen Sie sich nur selbst, mir die Stiefel auszuziehen." Nun war die spanische Hartnäckigkeit erschöpft. Man ging, kam, beriet, berief die höchsten Vorgesetzten, ließ meine Füße jedoch letzten Endes in Ruhe.

Vom Gefängnis aus richtete ich ein Schreiben an den Innenminister, in dem ich seine Aufmerksamkeit auf das unanständige Benehmen der spanischen Polizei lenkte. „Gestern hat man mir ins Gefängnis einen Agenten der Geheimpolizei geschickt, der mir wiederholt hat, ich müßte Spanien sofort verlassen und erklären, nach welchem Lande ich zu reisen beabsichtigte. Gegenwärtig ist es aber unmöglich, irgend wohin frei zu reisen. Man muß zunächst die Genehmigung der entsprechenden Regierung einholen. Insbesondere nach meiner Verbannung in Madrid, denn nicht ein Mensch in Europa und in der ganzen Welt wird mir, Herr Minister, glauben wollen, daß ich in Madrid nicht nur ohne jeden erschlichenen, sondern auch ohne jeden nur erdenklichen Grund verhaftet worden bin."

Am folgenden Tage wurde ich „befreit" wobei der mir attachierte einäugige Agent mir am Gefängnistore eröffnete, ich würde heute abend noch nach . . . Cadix verbracht werden. Weshalb gerade nach Cadix? Ich blickte auf die Karte. Cadix befindet sich im äußersten Südwesten der südwestlichen Halbinsel Europas. Aus Werchojansk (Sibirien) über Petersburg und Oesterreich, aus Oesterreich nach Frankreich, aus Frankreich nach Spanien und endlich über die ganze pyrenäische Halbinsel nach Cadix. Hier endet das Festland, der Ozean beginnt.

Die mich begleitenden Agenten gestalteten unsere Tour durchaus nicht geheimnisvoll. Im Gegenteil. Allen und jedem, der nun hören wollte, erzählten sie ausführlich meine Geschichte. (Inzwischen waren in der spanischen Presse bereits eine Reihe Artikel und Notizen wegen meiner Verhaftung erschienen, wobei mir das beste Zeugnis ausgestellt wurde.) Alle vertröstete mich damit, daß das Klima in Cadix sehr gesund wäre.

„Wir hätten den Herrn nie verhaftet," sagte zu mir der zweite Agent, „wenn nicht das Telegramm gekommen wäre. Der Chef erhielt eine Depesche: „Vor drei Tagen ist der gefährliche Anarchist und Terrorist — es folgt der Name — über St. Sebastian nach Madrid gereist."

Ich hatte schon vorher nicht daran gezweifelt, daß in dem fast arabischen Märchen meiner spanischen Erlebnisse es nicht ohne Telegramm" abgegangen sein wird. Nunmehr hatte ich die autoritative Bestätigung. Den Anarchisten und Terroristen hatte mein Agent vermutlich nur zur Verzierung von sich aus zugefügt. Zweifelsohne war das Telegramm jedoch absichtlich in unbestimmten und bedrohlich klingenden Ausdrücken gehalten, die den Terrorismus und Anarchismus durchaus glaubhaft erscheinen lassen konnten . . . .

Wie dem auch sei: das liberale und spanische Ministerium schaffte mich nach Cadix. Hier ist es am Platz, die löbliche Sparsamkeit der spanischen Behörden hervorzuheben. Indem die Polizei mich von Madrid nach Cadix schickte, forderte sie mich auf, die Reise auf eigene Kosten auszuführen. Da ich absolut nicht die Absicht hatte, nach Cadix zu gehen, sah ich auch keinen Grund, diesem Verlangen nachzukommen. Dies um so weniger, als ich bereits den spanischen Fiskus genügend unterstützt hatte durch Zahlung von viereinhalb Frank für den Aufenthalt im Gefängnis. Die Agenten billigten durchaus meinen Standpunkt und erwirkten für mich eine Freikarte.

Vor dem Präfekten von Cadix lag ein Haufen Telegramme, die miteinander im Widerspruch standen. Ihm wurde empfohlen, mich mit dem ersten Dampfer nach einer der amerikanischen Republiken zu befördern und mir die Wahl freizustellen, die Reise anzutreten.

Nach Rücksprache mit dem Gouverneur entschied sich der Präfekt zugunsten des ersten Dampfers, der am nächsten Morgen nach . . . . Havanna abdampfte. Diesmal wurde mir sofort ein Freibillett offeriert. Mir stand eine Reise im Gefängnis und die Aussicht bevor, aus den Händen der spanischen in die der havannalischen Polizei übergeben zu werden. Ich protestierte, sandte Eiltelegramme an den Direktor der politischen Polizei, den Innenminister und den Grafen Romanones und forderte, daß man mir die Möglichkeit gäbe, frei nach Neuyork zu reisen. Präfekt und Gouverneur wurden schwankend, richteten eine dringende Anfrage nach Madrid und begannen der Ansicht zuzuneigen, daß ich berechtigt sei, nicht nach Havanna zu reisen. Diese Ansicht wurde von Madrid aus bestätigt, wo inzwischen der republikanische Deputierte Castrovido wegen meiner Verhaftung und Ausweisung eine Interpellation eingebracht hatte. Man ließ mich in Cadix bis zum 30. November, an welchem Tage ein Dampfer nach Neuyork abging. Der mir beigegebene Agent teilte mir mit, sein Großvater sei Edelman gewesen und hätte ein Vermögen von 40 Millionen besessen. Aber, wie es bei Gorki heißt „im Wagen des Großvaters kommt man nicht weit", und so bewirte ich denn meinen Agenten mit Kaffee, Bier und Tabak. Er nimmt dankend an und klagt nur, daß ich zu leichte Zigaretten rauche. In der Büchsenbeck setzt er sich mir gegenüber und spuckt geduldig drei Stunden lang auf den Fußboden.

Da der Präfekt von Cadix keine fremden Sprachen beherrscht, berief er als Dolmetscher irgend einen Deutschen. Später stellte sich heraus, daß dieser Deutsche Sekretär der Deutschen Gesandtschaft war. Dies zur Kenntnis der Agenten und Chefs aus dem Prätzyn.

•

(Genosse Trokki wurde tatsächlich nach Amerika verschifft, aber in Amerika nicht hereingelassen. „Alle Länder spien ihn aus." Durch schwere weitere Erfahrungen kam er schließlich nach England und über Schweden nach Rußland, wo er zwischen die Revolution siegreich gewesen war.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180117-12/fragment/page=0006